

24. 08. 84

Fz

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (441) – 501 03 – Ha 40/84

Bonn, den 24. August 1984

An den Herrn
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den
von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushalts-
plans für das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne*) sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Kohl

Fristablauf: 05. 10. 84

*) als Sonderdruck verteilt

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1985 wird in Einnahme und Ausgabe auf 260 226 000 000 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1985 Kredite bis zur Höhe von 23 966 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1985 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 3 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Bei Diskontpapieren ist nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

(5) Auf die Kreditermächtigung nach Absatz 1 ist das Aufkommen der Investitionshilfeabgabe anzurechnen.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kasenverstärkungskredite bis zur Höhe von 8 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit)

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben;
2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben;
3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung von Ausgaben bei Titeln der Gruppen 443 und 453.

(2) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Bundesministers der Finanzen.

(3) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln — einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen — zu:

1. Titel 427 01
— aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen —
2. Titel 441 01 und 446 01
— aus Schadensersatzleistungen Dritter —

3. Titel 511 01 und 518 01

— aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte —

4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)

— aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen —

5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)

— aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger —

6. Titel 517 01

— aus Erstattungen Dritter —.

(4) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz vom 8. August 1978 (BGBl. I S. 1228) zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(5) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Geltungsbereich dieses Gesetzes abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software.

(6) Die obersten Bundesbehörden können mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, der Mehrbedarf des Einzeltitels nicht mehr als zwanzig vom Hundert beträgt und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit eine Deckung nach Satz 1 nicht möglich ist, kann der Bundesminister der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kapitel 14 17 bis zur Höhe von dreißig vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(7) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 sowie bei Titel 522 01 im Kapitel 14 17 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben.

(8) Die in den Kapiteln 14 13 bis 14 20 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

(9) Die Wirtschaftspläne zu Kapitel 04 04 Titel 541 01, zu Kapitel 06 09 Titel 541 01 und zu Kapitel 36 04 Titel 541 01 sowie der Bewirtschaftungsplan zu Kapitel 14 01 Titel 535 05 bedürfen der Genehmigung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die dem Haushaltsausschuß angehören und vom Deutschen Bundestag in entsprechender Anwendung von § 4 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes vom 11. April 1978 (BGBl. I S. 453) gewählt werden. Bis zur Genehmigung dieser Pläne sind die den Wirtschaftsplänen zugrunde liegenden Haushaltsansätze bis zur Höhe von 75 vom Hundert gesperrt, im übrigen ist bis zur Genehmigung entsprechend Art. 111 des Grundgesetzes zu verfahren. Der Bundesrechnungshof prüft die Jahresrechnungen nach § 3 a

Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes und unterrichtet die in Satz 1 genannten Mitglieder des Deutschen Bundestages über das Ergebnis der Prüfung. § 97 Abs. 4 der Bundeshaushaltsordnung bleibt unberührt.

§ 5

§ 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden:

"Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Ein Nachtragshaushaltsgesetz bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind."

§ 6

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen den Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.

(2) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung von Einrichtungen außerhalb der Bundesverwaltung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachten Stellen für Angestellte sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen. Der Bundesminister der Finanzen kann Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen des Tarifbereichs zulassen. Satz 1 gilt nicht für die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaftlichen e.V. (MPG) in Göttingen, die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V. (DFVLR) in Köln, das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) und das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin GmbH (HMI).

§ 7

Der Bund kann den Ländern auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen im Sinne des Artikels 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes nach Maßgabe der dafür im Bundeshaushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel gewähren.

§ 8

(1) Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnahmen ist stets beim Titel abzusetzen.

(2) Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind oder ein Ausgabereinstellungsbildet worden ist. Die Rückzahlung zuviel geleisteter Personalausgaben ist stets bei dem entsprechenden Ausgabebetitel abzusetzen. Umsatzsteuerrückzahlungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Februar 1982 (BGBl. I S. 225) sind stets beim jeweiligen Ausgabebetitel abzusetzen.

(3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind oder durch die Titelverwechslung der Bundeshaushalt und der Haushalt einer anderen Gebietskörperschaft oder der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften betroffen sind.

§ 9

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausföhren zugunsten von Ausföhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —,

b) im Zusammenhang mit Ausföhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausföhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

2. a) für Kredite an ausländische Schuldner im Zusammenhang mit der Gewährung von Krediten im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit,

b) für andere Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. — Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt —;

4. zum Zwecke der Umschuldung durch den Bund gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. — Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können —;

5. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 195 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nrn. 2 bis 5 auf insgesamt 30 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 6 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 750 000 000 Deutsche Mark zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin nach Richtlinien zu übernehmen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und den sonst beteiligten Fachministern festlegt.

§ 12

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 43 700 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;
2. zur Förderung des Verkehrswesens;
3. a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,
b) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht,
c) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen,
d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte;
4. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen — § 3 des Gesetzes über die Zusammenlegung der Deutschen Landesrentenbank und der Deutschen Siedlungsbank vom 27. August 1965 (BGBl. I S. 1001), geändert durch Artikel 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 22. August 1980 (BGBl. I S. 1558) —;
5. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 75 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341);
6. zur Förderung der Fischwirtschaft;
7. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;
8. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1009), zuletzt geändert durch § 32 des Gesetzes vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1516);
9. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3053), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. August 1980 (BGBl. I S. 1556), oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;
10. im Zusammenhang mit der Beschaffung von Kernbrennstoffen, die die Europäische Atomgemeinschaft auf Grund bilateraler Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika für Benutzer in der Bundesrepublik bezieht, wenn die Europäische Atomgemeinschaft nach dem Beschluß des Rates vom 5./7. März 1962 die Beschaffung der Kernbrennstoffe hiervon abhängig macht. — Die vertragliche Verpflichtung der Benutzer auf Freistellung des Bundes bleibt unberührt —;
11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkaptalisierungsgesetz — KOV vom 27. April 1970 (BGBl. I S. 413) aufnimmt;
12. für Kredite, die die vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung beauftragten Einrichtungen

zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern gemäß dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857), aufnehmen;

13. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;
14. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, sowie zugunsten von Personen, die von der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen mbH (GFAI) zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut;
15. im Falle eines unvorhergesehenen, unabweisbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 13

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank, dem Wiedereingliederungsfonds des Europarates, dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie am Internationalen Zinnübereinkommen Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) oder Garantien bis zur Höhe von 21 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 14

Gewährleistungen nach den §§ 9 bis 13 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 15

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 9 bis 13 und 16 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen angerechnet, die in den §§ 9 bis 13 und 16 des Haushaltsgesetzes 1984 enthalten sind. In den Fällen der §§ 9 bis 13 erfolgt die Anrechnung nur, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird.

(3) Soweit in den Fällen der §§ 9 bis 13 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 9 bis 13 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 16

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, für Kredite, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Verordnungen (EWG) Nr. 397/75 und 398/75 des

Rates vom 17. Februar 1975 über Gemeinschaftsanleihen (ABl. EG Nr. L 46 S. 1 und 3) gewährt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 1 321 200 000 US-Dollar einschließlich der Zinsen zu übernehmen. Die Haftung des Bundes aus der Gewährleistung darf 44,04 vom Hundert der jeweils fälligen Tilgungs- und Zinsverpflichtungen nicht übersteigen.

(2) Werden Gewährleistungen für Kredite in anderen Währungen als dem US-Dollar übernommen, so sind sie zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden an der Frankfurter Devisenbörse zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den in Absatz 1 festgesetzten Höchstbetrag anzurechnen.

§17

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung "Weltbank", der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, an der Wiederauffüllung des internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), an der Aufstockung des Grundkapitals und des Sonderfonds der Asiatischen, der Afrikanischen sowie der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

§18

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Oktober 1982 (BGBl. I S. 1425), zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

§19

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabwiesbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Die nach Absatz 1 neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in entsprechender Zahl und Wertigkeit im Gesamthaushalt einzuspargen.

(4) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 12, 18, 19 und 21 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" oder "künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn der Vermerk "künftig wegfallend" den Zeitpunkt des Wegfalls näher bestimmt oder den Zusatz trägt "mit Wegfall der Aufgabe". Satz 1 gilt entsprechend bei Anwendung anderer gesetzlicher Obergrenzen für den Anteil der Planstellen für Beförderungsämter.

§20

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabwiesbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen.

(2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freierwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

(3) Der Bundesminister der Finanzen kann ferner im Einzelplan der zuständigen Dienstbehörde Planstellen für Beamte ausbringen, deren Verwendung demnächst im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung beabsichtigt ist, wenn die Maßnahme keinen Aufschub duldet. Für den Fall, daß Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die in Zukunft bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind, können auf die gleiche Weise Planstellen ausgebracht werden.

(4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter gemäß § 79 a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89 a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes langfristig beurlaubt wird.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen m.b.H. ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten sinngemäß für Richter, Soldaten und Angestellte.

(7) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 6 ausgebrachten Planstellen ist in dem nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§21

(1) Eine Planstelle darf auch mit zwei als Halbstagskräfte teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden.

(2) Zwei Planstellen dürfen auch mit drei teilzeitbeschäftigten Beamten oder Richtern besetzt werden; die Gesamtarbeitszeit dieser drei Beamten oder Richter darf die regelmäßig Gesamtarbeitszeit von zwei vollbeschäftigten Beamten oder Richtern nicht übersteigen.

(3) Das Nähere regelt der Bundesminister der Finanzen.

§22

Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen.

§23

Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland,
2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Juli 1981 (BGBl. I S. 646), zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind,

von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§24

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Er-

gänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts-, Nachtrags- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§25

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen bis zur Höhe von 2 000 000 000 Deutsche Mark. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich im nächsten Monat des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 1984 (BGBl. I S. 610) findet insoweit keine Anwendung.

§26

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537), für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§27

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 1980 (BGBl. I S. 1085), geändert durch Artikel 27 des Gesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), findet keine Anwendung.

§28

Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1985 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

§29

Die §§ 4, 5, 6 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sowie die §§ 7 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§30

Im § 324 Abs. 5 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch § 32 des Gesetzes vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1516), wird die Zahl "1984" durch die Zahl "1985" ersetzt.

§31

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§32

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1985 in Kraft.

Begründung

Zu § 1

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabchlusses.

Zu § 2

Abs. 1:

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2:

Die Vorschrift bestimmt, daß der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1983 fällig werdender Kredite erhöht wird. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Zum Ende eines jeden Jahres sind kassenmäßig beträchtliche Zahlungen zu leisten, die jedoch haushaltsmäßig als Ausgaben des neuen Haushaltsjahres zu behandeln sind. Aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die Ermächtigung die Möglichkeit, günstige Situationen am Kreditmarkt flexibel zu nutzen. Damit wird eine Anregung der Bundesschuldenverwaltung aufgegriffen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, bestimmt, daß bei Diskontpapieren nur der Nettobetrag auf die Kreditermächtigung anzurechnen ist.

Abs. 5:

Durch die Vorschrift wird sichergestellt, daß das Aufkommen der Investitionshilfe den Kreditrahmen nach Abs. 1 nicht ausweitet. Da es sich um rückzahlende Beträge handelt, werden sie haushaltsrechtlich als Kredite aufgeführt; sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 3

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, stellt die Liquidität des Bundes sicher.

Zu § 4

Abs. 1 Nr. 1 bis 3 u. Abs. 2:

Die Vorschriften über die Deckungsfähigkeit und die Verbindlichkeit von Erläuterungen bei Titeln der Gruppe 425 sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die Vorschrift läßt zu, daß die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift ermöglicht, daß Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von Schwerbehinderten zweckgebunden verwendet werden. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5:

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwicklungen sollen vermieden werden. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6:

Die Vorschrift regelt die begrenzte Deckungsfähigkeit von Ausgaben bei bestimmten Titeln der Hauptgruppe 5 innerhalb eines Kapitels; Satz 2 wurde redaktionell geändert; die Änderung dient der Klarstellung.

Abs. 7:

Die Bestimmung enthält die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Einzelplan 14 mit Zustimmung des Haushaltsausschusses; sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 8:

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, enthält die qualifizierte Sperre von 20 v.H. der Verpflichtungsermächtigungen in den Kapiteln 14 13 bis 14 20.

Abs. 9:

Die Regelung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 5

Bis zur Verabschiedung einer Vorschrift zur Änderung der Bundeshaushaltsordnung ist es notwendig, die wichtigsten Schlussfolgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 durch eine Übergangsregelung im Haushaltsgesetz zu ziehen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Abs. 1:

Die Vorschrift behandelt die qualifizierte Sperre bei Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen von Zuwendungsempfängern mit einem Zuwendungsbetrag von mehr als 1 000 000 Deutsche Mark, falls diese ihren Haushalts- oder Wirtschaftsplan nicht rechtzeitig vorlegen. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2:

Die Regelung dient der Klarstellung.

Die Erläuterungen zu den Zuschütteln des Bundeshaushalts (institutionelle Förderung) und damit auch die dort aufgenommenen Stellenübersichten sind im Verhältnis Parlament/Zuwendungsempfänger nicht verbindlich.

Sofern jedoch während der Beratungen parlamentarische Gremien unmittelbare Eingriffe in die Erläuterungen vornehmen, ist die Entscheidung für den Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger bindend, weil insoweit der Gesetzgeber von seinen Befugnissen Gebrauch gemacht hat, gestaltend auf den Haushalt einzuwirken.

Da im Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens des Haushalts nicht im einzelnen abzusehen ist, welche Projektaufträge der jeweilige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im betreffenden Haushaltsjahr durchzuführen hat, wurden die Stellenübersichten für die Durchführung derartiger Projektaufgaben in die Stellenbindung nicht einbezogen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 7

Diese Vorschrift schafft die Rechtsgrundlage für die Gewährung von Finanzhilfen an die Länder auf Grund von Verwaltungsvereinbarungen im Sinne von Art. 104 a Abs. 4 GG. Die Bestimmung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 8

Die Einbeziehung aller übertragbaren Ausgaben in die Absetzungsregelung entspricht einem praktischen Bedürfnis und stellt eine Angleichung an die Handhabung bei den Ländern dar.

Die Vorschrift wurde neu gefaßt. Die Neufassung dient der Klarstellung und bezieht Titelverwechslungen ausdrücklich in die Regelung ein.

Zu § 9

Die §§ 9 bis 16 enthalten die Vorschriften über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen. Der Ermächtigungsrahmen für Ausfuhrbürgschaften und -garantien ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Ermächtigungsrahmen für Gewährleistungen nach Abs. 1 Nrn. 2 bis 5 wurde gegenüber dem Vorjahr um 9 Mrd DM auf 30 Mrd DM erhöht. Diese Ausweitung des Ermächtigungsrahmens ist insbesondere wegen des starken Anstiegs der Umschuldungsmaßnahmen erforderlich.

Zu § 10

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen für Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet zu übernehmen. Der Ermächti-

gungsrahmen wurde gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd DM auf 6,0 Mrd DM verringert. Der Ansatz spiegelt den aktuellen Stand der 1985 zu erwartenden Interventionen wider. Inwieweit die noch auszuarbeitenden Einkommenssubventionen an die deutsche Landwirtschaft zum Ausgleich für Belastungen aus den EG-Beschlüssen hinter den Erwartungen der betroffenen Wirtschaftskreise zurückbleiben und deshalb verstärkte Interventionen und somit höheren Garantiebedarf nach sich ziehen, läßt sich z.Z. noch nicht absehen.

Zu § 11

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen zur Förderung der Berliner Wirtschaft und des Warenverkehrs mit Berlin zu übernehmen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 12

Der Ermächtigungsbetrag wurde gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mrd DM auf 43,7 Mrd DM vermindert. Die Verringerung ergibt sich aus Ermäßigungen bei Nr. 2 (Verkehrswesen), Nr. 4 (Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank), Nr. 11 (Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung), Nr. 12 (Krankenhausbauten) und Nr. 15 (Notmaßnahmen) bei gleichzeitiger Erhöhung bei Nr. 1 (gewerbliche Wirtschaft).

Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

Für die gewerbliche Wirtschaft (Nr. 1) bis zu	17 500 000 000 DM
für das Verkehrswesen (Nr. 2) bis zu	2 500 000 000 DM
für den Wohnungsbau (Nr. 3) bis zu	5 532 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (Nr. 4) bis zu	5 800 000 000 DM
für die Landwirtschaft und die Fischwirtschaft (Nr. 5) bis zu	20 000 000 DM
für die Fischwirtschaft (Nr. 6) bis zu	30 000 000 DM
für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Nr. 7) bis zu	1 000 000 DM
für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds (Nr. 8) bis zu	1 000 000 DM
für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken beim Bezug oder der Verwendung von Kernbrennstoffen (Nr. 9 und 10) bis zu	4 100 000 000 DM
für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung (Nr. 11) bis zu	600 000 000 DM
für die Aufnahme von Krediten zur anteiligen Finanzierung der Investitionskosten von Krankenhäusern (Nr. 12) bis zu	15 000 000 DM
für die Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete (Nr. 13) bis zu	6 000 000 000 DM
für die Verpflichtung deutscher Personen, die im Rahmen der Auslands-kulturarbeit ins Ausland entsandt werden, gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut (Nr. 14) bis zu	5 000 000 DM
für Notmaßnahmen (Nr. 15) bis zu	1 596 000 000 DM

Zu § 13

Die Vorschrift ermöglicht die Übernahme von Haftungskapital bei sechs internationalen Finanzierungsinstituten sowie dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und am Internationalen Zinnübereinkommen.

Wegen der geplanten Kapitalerhöhung bei der Weltbank ist eine Erhöhung des Ermächtigungsrahmens gegenüber dem Vorjahr um 2,0 Mrd DM auf 21,5 Mrd DM erforderlich.

Zu § 14

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, läßt die Übernahme von Gewährleistungen auch in ausländischer Währung zu.

Zu § 15

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Sie befaßt sich mit der Anrechnung von Gewährleistungen, die auf Grund von Ermächtigungen in Haushaltsgesetzen der vorangegangenen Jahre übernommen worden sind, sowie mit dem Zuwachsen der Beträge, die durch Enthaltungen freigeworden sind.

Zu § 16

Die Vorschrift, die gegenüber dem Vorjahr unverändert ist, ermöglicht auch weiterhin die Bürgschafts- und Gewährleistungsübernahme im Zusammenhang mit der Finanzierung ölpreisbedingter Zahlungsdefizite von Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Zu § 17

Die Hingabe von Schuldscheinen anstelle von Barleistungen ist in den Abkommen über die Gründung und in den Resolutionen über die Aufstockung des Kapitals der in § 17 genannten Banken und Fonds vorgesehen.

Die Abrufe erstrecken sich über einen Zeitraum bis zu zehn Jahren. Sie richten sich nach dem Finanzierungsbedarf der Institutionen.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 18

Die Vorschrift ermöglicht es, kurzfristig notwendige Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um das Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten zu können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabetitel. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 19 (Vorjahr § 21)

Abs. 1 und 2:

Die Vorschrift ermöglicht es dem Bundesminister der Finanzen, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt, z.B. zur Durchführung eines neuen gesetzlichen Auftrags. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die Bestimmung enthält eine Einsparungsaufgabe nach Zahl und Wertigkeit für die nach Absatz 1 zusätzlich bewilligten Planstellen und Stellen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift regelt Einzelheiten bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3. Sie ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 20 (Vorjahr § 22)

Die Vorschrift regelt im wesentlichen das Verfahren beim Ausbringen von Leerstellen und die Einrichtung von Planstellen für Ersatzkräfte für ohne Dienstbezüge beurlaubte Beamte. Sie ist bis auf den gegenseitigen Austausch der Reihenfolge der Absätze 6 und 7 unverändert.

Zu § 21 (Vorjahr § 23)

Die Regelung ermöglicht die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigung, wie sie im Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vorgesehen ist.

Der Bundesminister der Finanzen hat durch Erlaß vom 8. März 1979 geregelt, wie zu verfahren ist, wenn einer von zwei auf einer Planstelle geführten Beamten oder Richtern zur vollen Arbeitszeit zurückkehrt und dadurch den anderen aus der Planstelle "verdrängt".

Entsprechende Regelungen bestehen in den Ländern. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 22 (Vorjahr § 24)

Die Vorschrift, die die Ausbringung von Leerstellen in besonderen Fällen behandelt, ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 23 (Vorjahr § 25)

Die Abweichung von § 50 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung ermöglicht es, die Bediensteten langfristig an die Vertretungen abzuordnen. Die Tätigkeit der Bediensteten bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Interesse der abordnenden Verwaltung.

Außerdem wird ermöglicht, daß die abordnende Stelle die Personalausgaben für Bedienstete des höheren Dienstes, die gemäß § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung zur Ableistung der neunmonatigen Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet werden, auch über den Zeitpunkt der Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes hinaus weiterzahlen kann. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 24 (Vorjahr § 26)

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Sie behandelt die entsprechende Anwendung der Vorschriften des Haushaltsgrundsatzgesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04, 23 02 und 60 06.

Zu § 25 (Vorjahr § 27)

Die Regelung eröffnet dem Bund die Möglichkeit, der Bundesanstalt für Arbeit zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und damit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Betriebsmitteldarlehen zu gewähren. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr im wesentlichen unverändert.

Zu § 26 (Vorjahr § 28)

Mit dieser Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr ausgedehnt. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 27 (Vorjahr § 29)

Die Vorschrift entbindet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, die Verteilung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Mittel bis zum 1. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres vorzunehmen. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 28 (Vorjahr § 30)

Die Vorschrift enthält die Verpflichtung der Deutschen Bundespost, die im Haushaltsjahr 1985 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse gegenüber dem Bund zusteht. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 29 (Vorjahr § 31)

Die Vorschrift zählt die Bestimmungen auf, die bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weitergelten.

Zu § 30 (Vorjahr § 32)

Der Ausgleichsfonds benötigt auch nach dem Auslaufen der Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenverstärkungskrediten in § 324 Abs. 4 LAG eine derartige Ermächtigung. Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu §§ 31 und 32 (Vorjahr §§ 33 und 34)

Die Vorschriften enthalten die Berlin-Klausel und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

**Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1985**

Teil I: Haushaltsübersicht
mit Anlage Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben
		1985 1000 DM
1	2	3
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	—
02	Deutscher Bundestag	—
03	Bundesrat	—
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	—
05	Auswärtiges Amt	—
06	Bundesminister des Innern	—
07	Bundesminister der Justiz	—
08	Bundesminister der Finanzen	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	—
12	Bundesminister für Verkehr	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	—
14	Bundesminister der Verteidigung	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	—
19	Bundesverfassungsgericht	—
20	Bundesrechnungshof	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	—
32	Bundesschuld	—
33	Versorgung	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	—
36	Zivile Verteidigung	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung ¹⁾	212 085 000
	Summe Haushalt 1985 ²⁾	212 085 000
	Summe Haushalt 1984	200 376 100
	gegenüber 1984 — mehr (+)/weniger (—) —	+ 11 708 900

¹⁾ Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 211,7 Mrd DM.

²⁾ Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 22 916 Millionen DM) = 25 225 Millionen DM.

Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Gesamtplan

Verwaltungs- einnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen			Epl.
		1985 1000 DM	1984 1000 DM	gegenüber 1984 mehr (+) weniger (-) 1000 DM	
4	5	6	7	8	9
59	—	59	34	+ 25	01
1 391	308	1 699	1 622	+ 77	02
12	—	12	11	+ 1	03
2 063	—	2 063	2 220	— 157	04
42 534	3 150	45 684	48 681	— 2 997	05
20 531	14 594	35 125	37 643	— 2 518	06
222 598	182	222 780	221 961	+ 819	07
704 842	137 491	842 333	1 481 378	— 639 045	08
212 367	108 178	320 545	287 279	+ 33 266	09
149 741	197 902	347 643	419 855	— 72 212	10
5 757	404 449	410 206	371 305	+ 38 901	11
713 787	148 576	862 363	938 858	— 76 495	12
4 557 700	—	4 557 700	4 409 500	+ 148 200	13
459 270	132 431	591 701	557 182	+ 34 519	14
38 415	30 507	68 922	64 641	+ 4 281	15
112	—	112	87	+ 25	19
45	—	45	43	+ 2	20
39 047	869 041	908 088	929 359	— 21 271	23
29 384	1 091 020	1 120 404	1 017 128	+ 103 276	25
1 538	—	1 538	1 243	+ 295	27
45 561	34 000	79 561	83 531	— 3 970	30
4 049	131 487	135 536	120 395	+ 15 141	31
1 250 005	24 157 712	25 407 717	34 901 655	— 9 493 938	32
1 450	77 550	79 000	92 000	— 13 000	33
53 300	197 150	250 450	241 950	+ 8 500	35
8 727	8 732	17 459	20 373	— 2 914	36
10 513 436	1 318 819	223 917 255	210 893 066	+ 13 024 189	60
19 077 721	29 063 279	260 226 000	257 143 000	+ 3 083 000	
18 066 645	38 700 255				
+ 1 011 076	— 9 636 976				

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	Schulden- dienst
		1985 1000 DM	1985 1000 DM	1985 1000 DM	1985 1000 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundes- präsidialamt	9 367	5 006	—	—
02	Deutscher Bundestag	255 765	66 525	—	—
03	Bundesrat	7 115	3 430	—	—
04	Bundeskanzler und Bundes- kanzleramt	84 668	351 305	—	—
05	Auswärtiges Amt	651 321	152 297	—	—
06	Bundesminister des Innern	1 422 038	672 907	—	—
07	Bundesminister der Justiz	275 042	80 757	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	1 888 357	451 092	—	—
09	Bundesminister für Wirtschaft	318 570	153 119	—	—
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	267 423	116 683	—	68
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	105 199	37 831	—	—
12	Bundesminister für Verkehr	1 133 613	1 476 457	—	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	450	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung	20 256 133	5 640 766	21 208 460	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	682 711	108 257	—	—
19	Bundesverfassungsgericht	10 751	1 773	—	—
20	Bundesrechnungshof	35 960	3 854	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	34 989	14 143	—	—
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	67 230	40 769	—	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	32 638	11 130	—	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	57 702	22 700	—	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	25 032	5 485	—	—
32	Bundesschuld	13 645	352 325	—	29 606 921
33	Versorgung	7 530 482	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammen- hang mit dem Aufenthalt auslän- discher Streitkräfte	522 560	494 830	—	—
36	Zivile Verteidigung	120 759	222 851	—	—
60	Allgemeine Finanzverwaltung	802 500	90 000	—	—
	Summe Haushalt 1985	36 612 020	10 576 292	21 208 460	29 606 989
	Summe Haushalt 1984	35 363 066	10 296 688	20 639 370	28 742 148
	gegenüber 1984 — mehr(+)/weniger(—) —	+ 1 248 954	+ 279 604	+ 569 090	+ 864 841

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 1985 1000 DM	Ausgaben für Investitionen 1985 1000 DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben 1985 1000 DM	Summe Ausgaben			Epl.
			1985 1000 DM	1984 1000 DM	gegenüber 1984 mehr (+) weniger (-) 1000 DM	
7	8	9	10	11	12	13
1 500	1 703	—	17 576	17 145	+ 431	01
66 783	14 808	—	403 881	390 660	+ 13 221	02
197	297	—	11 039	10 387	+ 652	03
32 244	7 015	—	475 232	462 987	+ 12 245	04
1 485 062	108 047	—	2 396 727	2 319 758	+ 76 969	05
1 095 983	451 565	—	3 642 493	3 563 602	+ 78 891	06
15 895	5 608	—	377 302	370 500	+ 6 802	07
519 012	902 280	—	3 760 741	3 849 418	— 88 677	08
3 228 389	1 361 068	—	5 061 146	5 623 706	— 562 560	09
4 757 130	1 289 364	1 380	6 432 048	6 104 434	+ 327 614	10
56 369 546	1 085 916	—	57 598 492	59 454 382	— 1 855 890	11
10 262 871	12 293 148	—	25 166 089	24 651 474	+ 514 615	12
—	14 500	—	14 950	9 912	+ 5 038	13
1 600 015	594 626	—	49 300 000	47 845 995	+ 1 454 005	14
15 157 419	125 304	—	16 073 691	16 598 595	— 524 904	15
—	318	—	12 842	12 511	+ 331	19
17	2 903	—	42 734	43 063	— 329	20
1 016 494	5 564 374	—	6 630 000	6 417 126	+ 212 874	23
2 505 454	2 658 234	—	5 271 687	5 301 148	— 29 461	25
457 864	113 664	—	615 296	595 204	+ 20 092	27
4 835 978	2 375 000	—41 380	7 250 000	7 048 820	+ 201 180	30
1 306 950	2 636 588	—	3 974 055	4 003 419	— 29 364	31
611 850	3 250 486	—	33 835 227	32 718 875	+ 1 116 352	32
2 485 209	—	—	10 015 691	10 265 526	— 249 835	33
278 935	412 700	—	1 709 025	1 618 823	+ 90 202	35
94 029	390 189	—	827 828	808 390	+ 19 438	36
17 389 998	517 710	510 000	19 310 208	17 037 140	+ 2 273 068	60
125 574 824	36 177 415	470 000	260 226 000	257 143 000	+ 3 083 000	
126 770 977	35 281 751	49 000				
— 1 196 153	+ 895 664	+ 421 000				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan
und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1985 1000 DM	Von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden				
			1986 1000 DM	1987 1000 DM	1988 1000 DM	Folgejahre 1000 DM	Für künftige Haushaltsjahre 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsidialamt	—	—	—	—	—	—
02	Deutscher Bundestag	7 567	6 567	1 000	—	—	—
03	Bundesrat	—	—	—	—	—	—
04	Bundeskanzleramt	10 647	10 100	547	—	—	—
05	Auswärtiges Amt	475 057	278 842	141 621	19 966	3 028	31 600
06	Bundesminister des Innern	504 880	246 480	129 250	61 650	300	67 200
07	Bundesminister der Justiz	1 340	799	399	142	—	—
08	Bundesminister der Finanzen	185 646	137 990	34 850	3 950	—	8 856
09	Bundesminister für Wirtschaft	1 682 277	445 277	273 650	95 550	39 800	828 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	987 510	412 683	251 927	146 900	176 000	—
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	386 761	297 961	40 700	9 300	8 800	30 000
12	Bundesminister für Verkehr	3 530 705	2 261 555	941 750	311 500	25 900	—
13	Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	5 950	5 950	—	—	—	—
14	Bundesminister der Verteidigung ..	25 197 696	8 646 042	5 736 409	4 662 910	6 152 335	—
15	Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	341 263	190 472	116 391	34 100	—	300
19	Bundesverfassungsgericht	—	—	—	—	—	—
20	Bundesrechnungshof	—	—	—	—	—	—
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	7 319 550	549 300	458 850	340 850	394 750	5 575 800
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	1 760 920	329 695	488 350	355 841	587 034	—
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	137 710	112 610	20 100	5 000	—	—
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	4 618 396	1 601 052	1 546 944	1 105 575	364 825	—
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	691 705	304 701	225 251	139 451	22 302	—
32	Bundesschuldenverwaltung	—	—	—	—	—	—
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	40 300	30 300	10 000	—	—	—
36	Zivile Verteidigung	334 716	198 802	91 526	10 386	2	34 000
60	Allgemeine Finanzverwaltung	4 000	4 000	—	—	—	—
	Summe	48 224 596	16 061 178	10 509 515	7 303 071	7 775 076	6 575 756

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

Betrag für 1985	Betrag für 1984
— 1000 DM —	

Ermittlung des Finanzierungssaldos

1.	Ausgaben	260 226 000	257 143 000
	(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2.	Einnahmen	235 910 000	223 233 000
	(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Einnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3.	Finanzierungssaldo	— 24 316 000	— 33 910 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos			
4.	Nettoneuverschuldung/Nettotilgung am Kreditmarkt		
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	(68 413 000)	(75 907 000)
4.101	zu allgemeinen Zwecken	68 413 000	75 907 000
4.102	zu besonderen Zwecken	—	—
4.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	45 497 000	43 297 000
4.3	Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
4.4	Ausgaben für Marktpflege	—	—
	Saldo	— 22 916 000	— 32 610 000
5.	Nettoneuverschuldung/Nettotilgung der Investitionshilfe-Abgabe		
5.1	Einnahmen aus der Investitionshilfe-Abgabe	— 1 050 000	— 1 000 000
5.2	Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe	—	—
	Saldo	— 1 050 000	— 1 000 000
6.	Nettoneuverschuldung insgesamt	— 23 966 000	— 33 610 000
7.	Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	—	—
8.	Rücklagenbewegung	—	—
8.1	Entnahmen aus Rücklagen	—	—
8.2	Zuführungen an Rücklagen	—	—
9.	Münzeinnahmen	— 350 000	— 300 000
10.	Finanzierungssaldo	— 24 316 000	— 33 910 000

Gesamtplan: Teil III

Kreditfinanzierungsplan

Betrag für 1985	Betrag für 1984
— 1000 DM —	

1.	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
	davon voraussichtlich		
1.1	langfristig	(50 413 000)	(50 907 000)
1.101	zu allgemeinen Zwecken	50 413 000	50 907 000
1.102	zu besonderen Zwecken	—	—
1.2	kürzerfristig	18 000 000	25 000 000
	Summe 1	68 413 000	75 907 000
2.	Einnahmen aus der Investitionshilfe-Abgabe	1 050 000	1 000 000
3.	Krediteinnahmen insgesamt	69 463 000	76 907 000
4.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
4.1	Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren	(25 386 000)	(17 354 000)
4.101	Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	—	—
4.102	Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienanweisungen)	4 150 000	5 090 000
4.103	Bundesschatzbriefe	560 000	662 000
4.104	Schuldbuchkredite	—	—
4.105	Schuldscheindarlehen	12 684 000	10 355 000
4.106	Kassenobligationen	—	—
4.107	Bundessobligationen	7 900 000	1 100 000
4.108	Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz	10 000	10 000
4.109	Ablösungsschuld	—	58 000
4.110	Altsparerentschädigung	—	—
4.112	Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	—	—
4.113	Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	—	—
4.114	Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	—	—
4.115	Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	82 000	79 000

Betrag für 1985	Betrag für 1984
— 1000 DM —	

4.2	Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren	(20 111 000)	(25 943 000)
4.201	Kassenobligationen	3 533 000	2 676 000
4.202	Unverzinsliche Schatzanweisungen	4 991 000	5 445 000
4.203	Finanzierungsschätze des Bundes	2 270 000	2 295 000
4.204	Schuldscheindarlehen	9 317 000	15 527 000
4.3	Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	—	—
4.4	Marktpflege	—	—
	Summe 4	45 497 000	43 297 000
5.	Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe	—	—
6.	Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt	45 497 000	43 297 000
7.	Saldo aus 3. und 6. (im Haushaltsplan insgesamt veranschlagte Nettoneuverschuldung)	23 966 000	33 610 000
8.	Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften — einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—
9.	Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften — einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	—	—

**Übersichten
zum Bundeshaushaltsplan
1985¹⁾**

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

¹⁾ Anlagen gem. § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S 1284) auf der Grundlage des gemeinsamen Gruppierungs- und Funktionenplans von Bund und Ländern nach dem Stand vom 16. Dezember 1974 (MinBlFin S. 757).

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	212 085	200 376
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	161 643	151 061
02-04	Bundessteuern	50 092	49 015
09	Steuerähnliche Abgaben	350	300
091	Einnahmen aus Abschöpfungen	—	0
092	Münzeinnahmen	350	300
099	Sonstige	—	—
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen .	22 115	20 973
11	Verwaltungseinnahmen	3 091	3 018
111	Gebühren, sonstige Entgelte	2 340	2 187
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	19	19
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	180	183
119	Sonstige	551	630
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	15 808	14 121
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	10 667	9 133
122	Konzessionsabgaben	4 556	4 411
124	Mieten und Pachten	532	530
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaft- licher Tätigkeit	48	42
129	Sonstige	6	6
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	179	927
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	162	162
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	11	63
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen ...	7	703
134	Kapitalrückzahlungen	—	—
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	461	363
152	von Ländern	455	357
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	6	6
155	vom ERP-Sondervermögen	0	0
157	von Zweckverbänden	0	0
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	790	792
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	17	18
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	391	381
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	382	393
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	637	628
172	von Ländern	615	604
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	23	24
174	vom Lastenausgleichsfonds	—	—

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—
177	von Zweckverbänden	0	0
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	1 148	1 122
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	4	18
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	624	576
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	520	528
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investi- tionen	2 055	2 179
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	11	11
232	von Ländern	10	10
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	0
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	1	0
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	416	385
242	von Ländern	377	345
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	27	27
245	vom ERP-Sondervermögen	3	3
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	9	9
247	von Zweckverbänden	2	2
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
252	von Ländern	—	—
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	808	744
271	aus dem Inland	178	163
276	aus dem Ausland	631	581
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	811	1 015
281	Erstattungen aus dem Inland	83	80
282	Zuschüsse aus dem Inland	1	6
286	Erstattungen aus dem Ausland	728	929
287	Zuschüsse aus dem Ausland	—	—
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	8	24
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	23 971	33 615
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	—	—
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	23 966	33 610
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	23 966	33 610
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	—	—
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	5	205
341	Beiträge	5	205
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	—	—
351	aus der Ausgleichsrücklage	—	—

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	
352	aus der Betriebsmittellrücklage	—	—
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—
359	Sonstige	—	—
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	—	-200
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Gesamteinnahmen	260 226	257 143
4	Personalausgaben	36 612	35 363
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	175	169
411	Aufwendungen für Abgeordnete	170	165
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	5	4
42	Dienstbezüge und dergleichen	26 891	25 816
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	9	9
422	Bezüge der Beamten und Richter	5 438	5 318
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden	12 169	11 465
425	Vergütungen der Angestellten	4 113	4 015
426	Löhne der Arbeiter	4 517	4 388
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	122	121
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	523	500
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	7 172	7 411
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staats- sekretärs, Wehrbeauftragten	7	10
432	der Beamten und Richter	1 669	1 686
433	der Soldaten	2 288	2 350
435	der Angestellten	0	0
437	nach G 131	3 207	3 363
439	Sonstige	1	1
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	1 022	1 012
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	291	296
442	Unterstützungen	3	3
443	Pfursorgeleistungen	384	389
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	344	324
45	Personalbezogene Sachausgaben	553	549
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	3	3
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	549	545
459	Sonstiges	1	1
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	800	406
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	61 392	59 678
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	10 576	10 297

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	
511	Geschäftsbedarf	121	118
512	Bücher, Zeitschriften	15	15
513	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	669	648
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	172	109
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	247	240
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse)	49	48
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1 550	1 637
518	Mieten und Pachten	803	771
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	993	897
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1 167	1 221
522	Verbrauchsmittel	1 584	1 594
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	1	1
524	Lehr- und Lernmittel	9	9
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	406	414
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	108	102
527	Dienstreisen	260	250
529	Verfügungsmittel	17	16
531-546	Sonstiges	2 326	2 124
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	80	82
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	21 208	20 639
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	29 607	28 742
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
573	für Ausgleichsforderungen	142	146
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	29 465	28 596
576	an Ausland	0	0
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	—	—
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	0	0
591	an öffentliche Unternehmen	—	—
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
593	für Ausgleichsforderungen	—	—
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	0	0
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	125 575	126 771
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	11 161	12 492
612	an Länder	11 161	10 792
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	1 700
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	257	322
622	an Länder	254	316
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	3	4
625	an ERP-Sondervermögen	—	2
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
627	an Zweckverbände	—	—

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 139	1 178
632	an Länder	788	827
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	351	351
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	10 254	10 544
642	an Länder	6 587	6 761
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	771	827
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	2 889	2 949
647	an Zweckverbände	7	9
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	39 656	38 662
652	an Länder	1 178	1 176
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	81	80
654	an Lastenausgleichsfonds	1 077	1 155
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	37 320	36 251
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	1 796	1 554
661	an öffentliche Unternehmen	1 250	983
662	an private Unternehmen	515	537
663	an Sonstige im Inland	31	34
666	an Ausland	1	1
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	1 675	1 590
671	an Inland	1 559	1 471
676	an Ausland	103	103
678	an DDR	13	15
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	57 907	58 263
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	31 725	33 063
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	6 161	6 282
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	3 199	3 728
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	836	929
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	5 566	5 520
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	5 597	3 962
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 248	4 204
688	Ausgleichsleistungen an die DDR	575	575
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1 729	2 165
697	an Unternehmen	190	236
698	an Sonstige im Inland	1 485	1 699
699	an Ausland	54	230
7	Baumaßnahmen	6 380	6 306
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	29 797	28 976
81	Erwerb von beweglichen Sachen	977	841
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	282	261
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	562	459
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	110	105

Grupp- Nr.	Bezeichnung	1985	1984
		— Millionen DM —	
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	9	2
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	14	14
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	—	—
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	471	386
83	Erwerb von Beteteiligungen und dergleichen	1 919	1 932
831	Erwerb von Beteteiligungen und dergleichen im Inland	666	851
836	Erwerb von Beteteiligungen und dergleichen im Ausland	1 253	1 081
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	3 139	3 050
852	an Länder	3 110	3 033
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	29	17
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3 027	3 098
861	an öffentliche Unternehmen	137	138
862	an private Unternehmen	126	157
863	Darlehen an Sonstige im Inland	59	60
866	Darlehen an Ausland	2 704	2 743
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	3 250	3 250
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	7 438	7 426
882	an Länder	7 061	7 039
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	376	387
887	an Zweckverbände	—	—
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	9 575	8 994
891	an öffentliche Unternehmen	3 904	3 485
892	an private Unternehmen	2 511	2 394
893	an Sonstige im Inland	1 460	1 424
896	an Ausland	1 683	1 575
898	an DDR	18	116
9	Besondere Finanzierungsausgaben	470	49
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	—	—
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	470	49
971	Globale Mehrausgaben	510	114
972	Globale Minderausgaben	-40	-65
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Gesamtausgaben	260 226	257 143

Ausgaben	1985	1984
	— Millionen DM —	

Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten

I Laufende Rechnung

1	Personalausgaben	36 612	35 363
11	Aktivitätsbezüge	28 928	27 538
12	Versorgung	7 684	7 825
2	Laufender Sachaufwand	39 165	38 006
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	2 160	2 119
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	21 208	20 639
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	15 796	15 248
3	Zinsausgaben	29 607	28 742
31	an Verwaltungen	—	—
32	an andere Bereiche	29 607	28 742
321	Sozialversicherung	—	—
322	sonstige	29 607	28 742
4	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	116 466	117 396
41	an Verwaltungen	21 917	21 768
411	Länder	19 981	19 696
412	Gemeinden	852	907
413	LAF	1 077	1 155
414	ERP	—	2
415	Zweckverbände	7	9
42	an andere Bereiche	94 549	95 628
421	an Unternehmen	11 006	11 644
422	an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	4 248	4 204
423	Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	31 827	33 163
424	an Sozialversicherung	40 561	41 250
425	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	836	929
426	an Ausland	6 071	4 438
	Summe laufende Ausgaben	221 850	219 507

Ausgaben		1985	1984
		— Millionen DM —	
II Kapitalrechnung			
1	Sachinvestitionen	7 829	7 532
11	Baumassnahmen	6 380	6 306
12	Erwerb von beweglichen Sachen	977	841
13	Grunderwerb	471	386
2	Vermögensübertragungen	19 252	18 839
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 013	16 420
211	an Verwaltungen	7 438	7 426
2111	Länder	7 061	7 039
2112	Gemeinden	376	387
212	an andere Bereiche	9 575	8 994
2121	Inland	7 875	7 303
2122	Ausland	1 701	1 691
22	sonstige Vermögensübertragungen	2 239	2 419
221	an Verwaltungen	243	238
2211	Länder	241	234
2212	Gemeinden	3	4
222	an andere Bereiche	1 996	2 181
2221	Unternehmen-Inland	456	252
2222	Private Haushalte-Inland	1 485	1 699
2223	Ausland	54	230
3	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	11 335	11 330
31	Darlehensgewährung	9 416	9 398
311	an Verwaltungen	3 139	3 050
3111	Länder	3 110	3 033
3112	Gemeinden	29	17
312	an andere Bereiche	6 277	6 348
3122	Sonstige-Inland	3 573	3 606
3123	Ausland	2 704	2 743
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 919	1 932
321	Inland	666	851
322	Ausland	1 253	1 081
4	Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	—	—
	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	38 416	37 701
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	— 40	— 65
	Ausgaben zusammen	260 226	257 143
III Finanzierung			
6	Zuführung an Rücklagen	—	—
	Summe	—	—
7	(Saldo Finanzierungsüberschuß)	—	—
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Ausgaben lt. Haushaltsplan	260 226	257 143

Einnahmen		1985	1984
		— Millionen DM —	
I Laufende Rechnung			
1	Steuern ¹⁾	211 735	200 076
2	Steuerähnliche Abgaben	—	0
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	15 808	14 121
31	Mieten und Pachten	532	530
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	15 276	13 591
4	Zinseinnahmen	1 251	1 156
41	von Verwaltungen	461	363
4111	Länder	455	357
4112	Gemeinden	6	6
4114	ERP	0	0
4115	Zweckverbände	0	0
42	von anderen Bereichen	790	792
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	1 258	1 430
51	von Verwaltungen	418	386
5111	Länder	387	355
5112	Gemeinden	27	27
5114	ERP	3	3
5115	Zweckverbände	2	2
52	von anderen Bereichen	840	1 043
521	Sozialversicherung	9	10
522	Sonstige-Inland	103	105
523	Ausland	728	929
6	Sonstige laufende Einnahmen	3 879	3 744
	Summe laufende Einnahmen	233 932	220 527

¹⁾ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder

Einnahmen		1985	1984
		— Millionen DM —	
II Kapitalrechnung			
1	Veräußerung von Sachvermögen	172	224
2	Vermögensübertragungen	13	29
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	5	5
211	von Verwaltungen	—	—
212	von anderen Bereichen	5	5
2122	Sonstige-Inland	5	5
22	Sonstige Vermögensübertragungen	8	24
3	Darlehnsrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	1 792	2 453
31	Darlehnsrückflüsse	1 785	1 750
311	von Verwaltungen	637	628
3111	Länder	615	604
3112	Gemeinden	23	24
3115	Zweckverbände	0	0
312	von anderen Bereichen	1 148	1 122
3122	Sonstige-Inland	628	594
3123	Ausland	520	528
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	7	703
4	Darlehnsaufnahme bei Verwaltungen	—	—
	Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	1 978	2 706
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	—	—
	Einnahmen zusammen	235 910	223 233
III Finanzierung			
61	Nettokreditaufnahme	23 966	33 610
62	Entnahme aus Rücklagen	—	—
63	Münzeinnahmen	350	300
	Summe	24 316	33 910
7	(Saldo Finanzierungsdefizit)	24 316	33 910
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—
	Einnahmen lt. Haushaltsplan	260 226	257 143

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger werden – der Finanzstatistik folgend – den sonstigen Bereichen zugeordnet.
- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind, werden nicht wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den "sonstigen Vermögensübertragungen" nachgewiesen.
- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge: Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung: Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens: Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand: Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519 und 521) und 67; Gruppe 685.

Zinsausgaben an Verwaltungen: Obergruppe 56.

Zinsausgaben an andere Bereiche: Obergruppe 57.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich: Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen: Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt: Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen: Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung: Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter: Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland: Gruppen 666 und 686.

Baumaßnahmen: Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen: Obergruppe 81.

Grunderwerb: Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 88 (ohne Gruppe 886).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche: Gruppen 886, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland: Gruppe 896.

Sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich: Gruppen 692 und 693 (einschließlich Tilgungszuweisungen).

Sonstige Vermögensübertragungen an Unternehmen: Gruppe 697 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland: Gruppe 698 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Ausland: Gruppe 699 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Darlehen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 85 ohne Gruppe 856.

Darlehen an sonstige Bereiche: Gruppen 856, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland: Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland: Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland: Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften: Obergruppe 58 (ohne Gruppe 586).

Zuführung an Rücklagen: Obergruppe 91.

Steuern: Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben: Obergruppe 09 (ohne Gruppen 092).

Mieten und Pachten: Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit: Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 15 (ohne Gruppe 156).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen: Obergruppe 16.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 216, 226, 246 und 256 sowie ohne Tilgungszuweisungen).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 261, 281 und 282; Gruppe 112 (ohne Tilgungszuschüsse).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 266, 286 und 287 (ohne Tilgungszuschüsse).

Sonstige laufende Einnahmen: Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen: Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 33 (ohne Gruppe 336).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 336, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppe 346.

Sonstige Vermögensübertragungen: Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 17 (ohne Gruppe 176).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 141, 176, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen: Gruppen 133 und 134.

Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen: Gruppen 312 bis 317.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt¹⁾ : Obergruppen 32 und 36 abzüglich Obergruppen 59 und 586.

Entnahme aus Rücklagen: Obergruppe 35.

Münzeinnahmen: Gruppe 092.

Die vorstehende ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen Bund und Gemeinden.

¹⁾ Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			

Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

0	Allgemeine Dienste	3 022	70 986	3 138	67 077
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	218	6 965	201	6 926
011	Politische Führung	66	2 487	63	2 484
012	Innere Verwaltung	3	70	4	69
013	Informationswesen	7	119	7	124
014	Statistischer Dienst	4	154	4	147
015	Zivildienst	3	756	2	630
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	56	2 311	56	2 261
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2	16	2	17
018	Hochbauverwaltung	76	254	63	245
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	2	798	1	949
02	Auswärtige Angelegenheiten	1 892	10 470	2 073	8 592
021	Auslandsvertretungen	30	623	32	579
022	Internationale Organisationen	901	1 999	1 060	391
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	918	6 578	938	6 366
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	21	795	20	771
029	Sonstiges	22	476	24	485
03	Verteidigung	883	51 682	832	49 763
031	Verwaltung	—	7 716	0	7 487
032	Deutsche Verteidigungstreitkräfte	565	38 646	526	37 615
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufent- halt ausländischer Streitkräfte	278	1 709	268	1 619
034	Zivile Verteidigung	17	823	20	804
036	Wissenschaftliche Forschung	22	2 489	17	1 927
037	Unterhaltssicherung	—	299	—	310
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	10	1 683	11	1 617
041	Bundesgrenzschutz	8	1 128	9	1 116
042	Polizei	1	301	1	277
044	Feuerschutz	—	—	—	—
049	Sonstiges	0	254	1	223
05	Rechtsschutz	20	186	21	179
051	Verfassungsgerichte	0	13	0	13
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	17	97	17	95
053	Verwaltungsgerichte	1	22	2	22
054	Arbeits- und Sozialgerichte	1	27	1	28
055	Finanzgerichte	1	14	1	14
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	0	12	0	9

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	413	13 431	598	13 117
11	Verwaltung	—	3	—	3
12	Schulen und vorschulische Bildung	—	18	—	22
13	Hochschulen	7	1 198	8	1 247
131	Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Uni- versitäten	—	1	—	2
137	Fachhochschulen	7	11	8	11
139	Sonstiges	—	1 180	—	1 230
14	Förderung des Bildungswesens	131	1 671	115	1 657
141	Ausbildungsförderung für Schüler	—	250	—	200
142	Ausbildungsförderung für Studierende	127	1 312	109	1 362
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler	—	—	—	—
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	4	108	6	95
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—
149	Sonstiges	—	0	—	0
15	Sonstiges Bildungswesen	2	694	2	710
151	Außerschulische Jugendbildung	—	19	—	19
153	Sonstige Weiterbildung	—	19	—	19
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2	490	2	496
156	Förderung der politischen Bildung	1	128	1	125
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	2	—	2
159	Sonstiges	—	36	—	49
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen ¹⁾	272	9 715	473	9 347
161	Fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisa- tionen in Wissenschaft und Forschung	—	839	—	804
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation, Dokumentationsforschung	0	287	0	253
163	Wissenschaftliche Museen	—	18	—	18
164	Sonderforschungsbereiche	—	228	—	221
165	Kernforschung	—	2 649	200	2 615
166	Sonstige Energieforschung	—	552	—	641
167	Weitraumforschung und -technik	—	961	—	899
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	151	—	108
169	Technologische Forschung und Entwicklung	30	920	30	870
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	169	948	159	785
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	356	—	419
173	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	—	314	—	308
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	19	301	19	287
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	14	633	13	608
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	0	54	0	27
177	Boden- und Meeresforschung	4	283	9	281

¹⁾ Einschl. Zuschüsse zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung 036

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
178	Bildungswesen	—	24	—	24
179	Sonstiges	35	197	43	177
18	Kunst- und Kulturpflege	—	95	—	90
181	Theater	—	—	—	—
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	18	—	17
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	4	—	5
184	Denkmalsschutz und Denkmalspflege	—	6	—	6
189	Sonstiges	—	62	—	59
19	Kirchliche Angelegenheiten	—	37	—	41
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	486	81 295	428	83 955
21	Verwaltung	0	434	0	433
211	Versicherungsbehörden	0	21	0	21
214	Versorgungsämter	—	0	—	0
215	Lastenausgleichsverwaltung	0	17	0	19
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	0	396	0	393
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	9	37 705	8	38 326
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter	—	25 346	—	24 426
222	Knappschaftsversicherung	—	8 386	—	8 421
223	Unfallversicherung	9	580	8	458
224	Krankenversicherung	—	1 006	—	987
225	Arbeitslosenversicherung	—	0	—	1 700
226	Altershilfe für Landwirte	—	2 270	—	2 219
229	Sonstige Sozialversicherungen	0	117	0	115
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	97	16 575	49	17 311
231	Kindergeld	0	13 950	0	14 615
232	Mutterschutz	—	735	—	785
233	Wohngeld	—	1 300	—	1 335
234	Sozialhilfeleistungen	45	178	0	144
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	0	50	0	64
237	Jugendhilfeleistungen	29	195	27	195
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs ...	12	7	10	7
239	Förderung der freien Jugendhilfe	11	161	11	167
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	307	15 180	314	15 651
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen	0	11 294	0	11 601
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	—	75	—	74
243	Lastenausgleich	—	1 077	—	1 155
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	—	1 050	—	1 062
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	—	35	—	36
246	Vertriebene und Flüchtlinge	1	221	1	220
247	Kriegsopferversorge	291	1 028	303	1 092
249	Sonstiges	14	400	10	410

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	74	9 423	57	10 037
251	Arbeitslosenhilfe	0	8 573	0	8 942
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschu- lung	47	153	31	96
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeits- förderung	27	650	26	958
254	Arbeitsschutz	1	47	1	41
26	Naturkatastrophen	—	—	—	—
27	Förderung der Vermögensbildung	—	1 610	—	1 860
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	366	0	337
3	Gesundheit, Sport und Erholung	6	1 501	8	1 482
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens ...	2	1 156	4	1 167
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1	998	3	999
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	130	0	138
319	Sonstiges	0	27	0	29
32	Sport und Erholung	0	85	0	92
323	Sportstätten	—	25	—	25
324	Förderung des Sports	—	52	—	57
329	Sonstiges	0	8	0	11
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämp- fung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	4	260	4	223
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 221	3 274	1 115	3 243
41	Wohnungswesen	1 173	2 755	1 069	2 666
411	Förderung des Wohnungsbaues	1 173	2 751	1 069	2 661
419	Sonstiges	—	4	—	4
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	—	2	—	2
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	48	183	46	185
44	Städtebauförderung	0	334	0	390
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	370	2 363	443	2 241
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	5	53	4	46
511	Ernährung und Landwirtschaft	5	53	4	46
52	Verbesserung der Agrarstruktur	227	1 298	212	1 298
521	Flurbereinigung ¹⁾	23	—	22	—
522	Einzelbetriebliche Förderung ¹⁾	152	6	136	10
523	Verbesserung der Marktstruktur ¹⁾	—	—	—	—
524	Wirtschaftswege ¹⁾	—	—	—	—
528	EWG-Ausrichtungsfonds	48	—	48	—
529	Sonstiges ¹⁾	4	1 292	6	1 288

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	102	878	190	766
531	EWG-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	97	223	185	101
533	Gasölverbilligung	—	650	—	660
534	Aufwertungsausgleich	—	—	—	—
539	Sonstiges	5	5	5	5
54	Sonstige Bereiche	37	134	37	132
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienst- leistungen	1 688	7 482	1 508	8 144
61	Verwaltung	205	220	203	216
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	2	517	2	606
621	Kernenergie	—	83	—	134
622	Sonstige Energieformen	1	—	1	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau ¹⁾	0	—	0	—
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	0	—	0	—
625	Küstenschutz ¹⁾	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	131	—	132
627	Sonstige Energieversorgung	—	212	—	233
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	—	70	—	85
629	Sonstiges	—	21	—	23
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	6	2 653	6	3 307
631	Kohlenbergbau	6	1 229	6	1 692
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	1 325	—	1 514
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	98	—	100
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	—	1	—	1
64	Handel	0	96	0	100
641	Handel (allgemein)	—	14	—	16
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	58	—	59
643	Märkte und Inlandsmessen	0	—	0	—
649	Sonstiges	—	25	—	25
65	Fremdenverkehr	—	35	—	36
66	Geld- und Versicherungswesen	35	36	33	37
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	15	16	14	13
662	Versicherungen	20	20	19	23
669	Sonstiges	—	—	—	—
67	Sonstige Dienstleistungen	—	1	—	1
68	Sonstige Bereiche	1 345	3 353	1 171	3 387
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	95	572	94	454
691	Betriebliche Investitionen	—	197	—	187
692	Verbesserung der Infrastruktur	8	325	10	217
699	Sonstiges	87	50	84	50

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	917	12 751	984	12 576
71	Verwaltung	291	406	291	398
711	Straßen- und Brückenbau	6	—	7	—
712	Wasserstraßen und Häfen	219	295	220	287
719	Sonstiges	66	111	65	111
72	Straßen	110	7 417	122	7 210
721	Bundesautobahnen	76	2 966	89	2 730
722	Bundesstraßen	20	2 803	20	2 867
723	Landstraßen	—	59	—	64
725	Gemeindestraßen	5	1 527	5	1 486
729	Sonstiges	9	62	9	62
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	79	1 789	84	1 798
74	Schienenverkehr	100	1 403	95	1 361
75	Luftfahrt	279	575	334	580
751	Flugsicherung	278	459	332	463
759	Sonstiges	2	116	2	118
76	Wetterdienst	58	216	57	195
77	Nachrichtenwesen	—	344	—	333
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	344	—	333
78	Sonstige Bereiche	1	601	1	701
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 768	14 671	14 774	14 308
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	34	35	34	34
811	Domänen	—	0	—	—
812	Forsten	34	35	34	34
82	Versorgungsunternehmen	0	—	1	0
83	Verkehrsunternehmen	4 588	13 645	4 443	13 124
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	257	—	225
832	Eisenbahnen	—	13 371	—	12 880
833	Schifffahrt	2	2	2	2
834	Häfen und Umschlag	0	—	0	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	41	15	41	17
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	4 545	—	4 400	—
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	10 628	555	9 794	699
851	Bergbau	—	31	—	39
852	Industrielle Unternehmen	108	510	78	510
853	Banken und Kreditinstitute	10 506	0	9 006	140
859	Sonstiges	14	15	711	10

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1985		1984	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		— Millionen DM —			
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	2	14	2	28
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	2	14	2	28
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	515	423	500	424
871	Allgemeines Grundvermögen	515	267	500	268
872	Allgemeines Kapitalvermögen	0	156	0	156
873	Sondervermögen	—	—	—	—
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	236 334	52 472	234 146	51 001
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	211 735	11 161	200 076	10 792
92	Schulden	24 159	30 277	33 803	29 409
93	Versorgung	79	10 016	92	10 266
931	Versorgung der Beamten und Richter	3	1 629	4	1 643
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	0	2 295	0	2 357
933	Beihilfen für Versorgungsempfänger	—	344	—	324
934	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungs- gesetz vom Bund übernommen worden sind	—	50	—	56
935	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffent- lichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienst- stellen sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	23	2 825	26	2 935
936	Versorgung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichs- arbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131) ...	53	2 874	63	2 950
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	288	—	293
95	Rücklagen	—	—	—	—
96	Sonstiges	361	86	375	81
97	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten	—	644	-200	160
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	684	—	225
988	Globale Mehrausgaben/Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben/Globale Mehreinnahmen	—	-40	-200	-65
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	260 226	260 226	257 143	257 143

Teil III: Haushaltsquerschnitt

A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen

B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen
						Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	Allgemeine Dienste	118	—	611	7	0	3	—	399	402
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	28	—	88	1	0	0	—	0	0
02	Auswärtige Angelegenheiten	20	—	59	1	—	—	—	372	372
03	Verteidigung	49	—	459	4	0	3	—	26	29
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2	—	5	1	—	0	—	0	0
05	Rechtsschutz	19	—	0	0	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	169	—	37	0	—	—	—	18	18
13	Hochschulen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
14	Förderung des Bildungswesens ...	—	—	—	—	—	—	—	3	3
15	Sonstiges Bildungswesen	—	—	1	—	—	—	—	1	1
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	169	—	36	0	—	—	—	14	14
19	Übrige Bereiche aus 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	0	—	28	7	1	0	—	10	11
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	3	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	—	23	—	0	—	—	—	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	—	2	7	1	—	—	0	1
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	—	0	—	—	—	—	—	—
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	1	—	1	—	—	—	1
249	Vertriebene und Flüchtlinge, Sonstiges	—	—	1	7	—	—	—	0	0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	—	—	1	0	—	0	—	10	10
29	Übrige Bereiche aus 2	—	—	0	—	—	—	—	0	0
3	Gesundheit und Sport	0	—	4	0	0	—	—	—	0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	—	0	0	0	—	—	—	0
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	0	—	—	—	0
319	Übrige Bereiche aus 31	0	—	0	0	—	—	—	—	—
32	Sport	—	—	0	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	0	—	4	0	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	15	—	13	—	387	3	—	125	515
41	Wohnungswesen	15	—	13	—	367	0	—	125	491
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	21	3	—	—	23
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	0	—	—	—	0

– Millionen DM –

[illegible]

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwal- tungs- einnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen
						Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände		
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4	—	121	0	18	—	—	17	35
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	—	4	—	18	—	—	15	32
521	Flurbereinigung	—	—	—	—	1	—	—	—	1
522	Einzelbetriebliche Förderung, Verbesserung der Marktstruktur, Wirtschaftswege	—	—	0	—	16	—	—	15	31
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	4	—	—	—	—	0	0
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	—	—	102	—	—	—	—	—	—
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Übrige Bereiche aus 53	—	—	102	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	4	—	15	0	—	—	—	3	3
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1 448	—	35	0	4	0	0	15	19
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	1	—	—	—	0	0	0
622	Sonstige Energieformen	—	—	1	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	0	0	0
63	Bergbau, und verarbeitendes Ge- werbe	—	—	6	—	—	—	—	—	—
64	Handel	—	—	—	—	0	—	—	—	0
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	4	0	—	—	4
69	Übrige Bereiche aus 6	1 448	—	28	0	—	—	—	15	15
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen ..	585	—	95	5	45	—	—	1	46
72	Straßen	—	—	58	2	2	—	—	0	3
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	50	—	9	0	0	—	—	0	0
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	43	—	—	—	43
75	Luftfahrt	261	—	4	0	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	274	—	25	2	—	—	—	0	0
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	—	15 587	160	—	—	—	16	16
81	Wirtschaftsunternehmen	—	—	15 232	—	—	—	—	16	16
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	—	355	160	—	—	—	0	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	—	211 735	8	—	0	—	0	190	190
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen ..	—	211 735	—	—	—	—	—	—	—
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	0	190	190
93	Versorgung	—	—	1	—	—	—	—	—	—
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	7	—	0	—	—	—	0
	Gesamteinnahmen	2 340	211 735	16 539	179	455	6	0	790	1 251

— Millionen DM —

Darlehensrückflüsse von					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schulden- auf- nahmen bei Verwal- tungen	Zuwei- sungen, Zuschüsse für Investi- tionen	Sonstige Ver- mögens- über- tragungen	Sonstige Ein- nahmen	Ein- nahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zu- sammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemein- den	LAF, ERP, Zweck- verbände			Länder	Gemein- den u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
66	—	—	96	162	—	—	48	—	—	—	—	370	5
66	—	—	77	143	—	—	48	—	—	—	—	227	52
22	—	—	—	22	—	—	—	—	—	—	—	23	521
44	—	—	77	121	—	—	—	—	—	—	—	152	522
—	—	—	—	—	—	—	48	—	—	—	—	48	523
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	4	529
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	102	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	0	—	—	—	—	102	539
—	—	—	19	19	—	—	0	—	—	—	—	41	59
14	8	0	53	75	—	—	111	—	—	—	—	1 688	6
—	—	0	0	1	—	—	—	—	—	—	—	2	62
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	0	0	1	—	—	—	—	—	—	—	1	629
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	63
0	—	—	—	0	—	—	—	—	—	—	—	0	64
13	8	—	—	21	—	—	70	—	—	—	—	95	65
—	—	—	53	53	—	—	41	—	—	—	—	1 585	69
63	—	—	6	69	9	—	101	—	—	8	—	917	7
6	—	—	1	7	—	—	40	—	—	—	—	110	72
1	—	—	4	4	—	—	7	—	—	8	—	79	73
57	—	—	—	57	—	—	—	—	—	—	—	100	74
—	—	—	0	0	—	—	14	—	—	—	—	279	75
—	—	—	1	1	9	—	40	—	—	—	—	349	79
—	—	—	3	3	—	—	2	—	—	—	—	15 768	8
—	—	—	2	2	—	—	2	—	—	—	—	15 252	81
—	—	—	0	0	—	—	—	—	—	—	—	515	87
5	—	—	—	5	37	31	12	—	—	—	—	212 018	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	211 735	91
—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	193	92
—	—	—	—	—	37	28	12	—	—	—	—	79	93
5	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	11	99
615	23	0	1 148	1 785	387	31	1 648	—	5	8	—	235 910	

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweck- verbände	zu- sammen
		1	2	3	4	5	6	7	8
0	Allgemeine Dienste	26 696	8 962	21 208	—	770	27	—	797
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	4 000	1 543	—	—	196	1	—	196
02	Auswärtige Angelegenheiten	477	323	—	—	—	—	—	—
03	Verteidigung	21 048	6 641	21 208	—	567	26	—	593
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1 032	424	—	—	3	—	—	3
05	Rechtsschutz	140	30	—	—	4	—	—	4
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	514	4 544	—	—	359	—	—	359
13	Hochschulen	7	10	—	—	10	—	—	10
14	Förderung des Bildungswesens ...	10	5	—	—	270	—	—	270
15	Sonstiges Bildungswesen	7	376	—	—	—	—	—	—
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	490	4 121	—	—	44	—	—	44
19	Übrige Bereiche aus 1	—	32	—	—	34	—	—	34
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	72	879	—	—	5 074	585	1 077	6 736
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	6	—	—	158	—	—	158
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	1	1	—	—	2 646	585	—	3 231
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	—	508	—	—	2 168	—	1 077	3 245
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	342	—	—	77	—	—	77
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	1 010	—	—	1 010
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	1 077	1 077
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	1 013	—	—	1 013
249	Vertriebene und Flüchtlinge, Sonstiges	—	167	—	—	69	—	—	69
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	26	86	—	—	—	—	—	—
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Übrige Bereiche aus 2	46	279	—	—	101	—	—	101
3	Gesundheit und Sport	38	150	—	—	12	—	—	12
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	5	56	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Übrige Bereiche aus 31	5	56	—	—	—	—	—	—
32	Sport	3	3	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	30	90	—	—	12	—	—	12
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	—	3	—	—	3	79	—	82
41	Wohnungswesen	—	1	—	—	3	—	—	3
42	Raumordnung, Landesplanung	—	2	—	—	—	—	—	—
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	—	79	—	79
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—

[illegible]

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				
			beweglichem	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige	
		18	19	20	21	22	23	24	25	26
0	Allgemeine Dienste	1 146	669	102	1 253	0	3	—	2 716	2 719
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	679	69	6	—	—	—	—	9	9
02	Auswärtige Angelegenheiten	75	7	3	1 253	—	—	—	2 704	2 704
03	Verteidigung	305	462	84	—	0	3	—	2	5
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	82	130	9	—	—	0	—	0	1
05	Rechtsschutz	5	2	—	—	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	192	58	3	0	1 280	—	—	—	1 280
13	Hochschulen	0	0	—	—	—	—	—	—	—
14	Förderung des Bildungswesens ...	—	0	—	—	1 280	—	—	—	1 280
15	Sonstiges Bildungswesen	0	0	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	192	57	3	—	—	—	—	—	—
19	Übrige Bereiche aus 1	—	1	—	0	—	—	—	—	—
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegs- folgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	1	—	—	19	—	—	28	46
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	11	—	—	—	19	—	—	1	19
241	Kriegsopferversorgung (Leistun- gen und Einrichtungen)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
242	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	19	—	—	—	19
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
249	Vertriebene und Flüchtlinge, Sonstiges	11	—	—	—	—	—	—	1	1
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	0	1	—	—	—	—	—	27	27
27	Vermögensbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29	Übrige Bereiche aus 2	0	0	—	—	—	—	—	—	—
3	Gesundheit und Sport	8	11	—	—	—	—	—	—	—
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	2	0	—	—	—	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Übrige Bereiche aus 31	2	0	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport	1	1	—	—	—	—	—	—	—
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktor- sicherheit, Strahlenschutz	4	10	—	—	—	—	—	—	—
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschafts- dienste	—	—	—	—	1 714	26	—	20	1 761
41	Wohnungswesen	—	—	—	—	1 616	—	—	20	1 636
42	Raumordnung, Landesplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	—	—	—	—	52	26	—	—	78
44	Städtebauförderung	—	—	—	—	47	—	—	—	47

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen			
Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versicherung	Sonstige		Länder	Gemein- den u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
18	130	—	1 793	1 941	—	—	323	323	—	70 957	0
—	—	—	4	4	—	—	—	—	—	6 965	01
—	—	—	1 677	1 677	—	—	—	—	—	10 441	02
18	130	—	112	260	—	—	323	323	—	51 682	03
—	0	—	0	0	—	—	—	—	—	1 683	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186	05
1 159	—	—	2 606	3 765	—	—	—	—	—	13 431	1
1 150	—	—	5	1 155	—	—	—	—	—	1 198	13
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 671	14
—	—	—	187	187	—	—	—	—	—	694	15
5	—	—	2 405	2 410	—	—	—	—	—	9 715	16
5	—	—	9	13	—	—	—	—	—	153	19
616	—	—	60	676	—	—	1 247	1 247	—	81 325	2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37 705	22
6	—	—	—	6	—	—	—	—	—	16 575	23
—	—	—	—	—	—	—	73	73	—	15 180	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 369	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 028	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 077	243
—	—	—	—	—	—	—	5	5	—	1 085	244
—	—	—	—	—	—	—	68	68	—	621	249
—	—	—	51	51	—	—	174	174	—	9 453	25
610	—	—	—	610	—	—	1 000	1 000	—	1 610	27
—	—	—	9	9	—	—	—	—	—	801	29
997	—	—	118	1 115	—	—	16	16	—	1 501	3
972	—	—	10	982	—	—	16	16	—	1 156	31
972	—	—	5	977	—	—	16	16	—	998	312
—	—	—	5	5	—	—	—	—	—	157	319
25	—	—	—	25	—	—	—	—	—	85	32
—	—	—	108	108	—	—	—	—	—	260	33
280	33	—	—	313	—	—	—	—	—	3 274	4
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 755	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	42
—	26	—	—	26	—	—	—	—	—	183	43
280	7	—	—	287	—	—	—	—	—	334	44

- Millionen DM -

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweck- verbände	zu- sammen
		1	2	3	4	5	6	7	8
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	43	183	—	—	650	—	—	650
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	12	—	—	—	—	—	—
522	Einzelbetriebliche Förderung, Verbesserung der Marktstruktur, Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	—
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Übrige Bereiche aus 52	—	12	—	—	—	—	—	—
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	—	128	—	—	650	—	—	650
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	650	—	—	650
539	Übrige Bereiche aus 53	—	128	—	—	—	—	—	—
59	Übrige Bereiche aus 5	43	43	—	—	—	—	—	—
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	190	377	—	—	50	—	—	50
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	122	—	—	—	—	—	—
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—
626	Erdölversorgung	—	11	—	—	—	—	—	—
629	Übrige Bereiche aus 62	—	111	—	—	—	—	—	—
63	Bergbau, und verarbeitendes Ge- werbe	4	101	—	—	—	—	—	—
64	Handel	—	43	—	—	—	—	—	—
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	50	—	—	50
69	Übrige Bereiche aus 6	186	112	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen .	1 044	1 874	—	—	138	—	—	138
72	Straßen	—	954	—	—	138	—	—	138
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	425	302	—	—	—	—	—	—
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt	193	180	—	—	—	—	—	—
79	Übrige Bereiche aus 7	426	438	—	—	—	—	—	—
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	23	213	—	—	—	0	—	0
81	Wirtschaftsunternehmen	23	27	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	186	—	—	—	0	—	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	7 993	770	—	29 607	12 672	161	7	12 840
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ..	—	—	—	—	11 161	—	—	11 161
92	Schulden	—	350	—	29 607	79	—	—	79
93	Versorgung	7 530	80	—	—	1 177	161	7	1 345
99	Übrige Bereiche aus 9	462	340	—	—	255	—	—	255
	Gesamtausgaben	36 612	17 956	21 208	29 607	19 727	852	1 084	21 663

— Millionen DM —

Zuschüsse und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendiensthilfen an				Ord. Nr.
					Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen	
Renten, Unter- stützungen usw.	an Unternehmen	an Sozial- versicherung	an Sonstige	zu- sammen	Länder	Gemein- den und Sonstige			
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
—	110	—	75	185	—	—	87	87	5
—	—	—	—	—	—	—	86	86	52
—	—	—	—	—	—	—	6	6	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	523
—	—	—	—	—	—	—	80	80	529
—	100	—	—	100	—	—	—	—	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	100	—	—	100	—	—	—	—	539
—	10	—	75	85	—	—	1	1	59
1	1 448	0	129	1 578	—	—	413	413	6
—	22	—	65	86	—	—	—	—	62
—	20	—	44	63	—	—	—	—	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	2	—	21	23	—	—	—	—	629
—	1 426	—	—	1 426	—	—	330	330	63
—	—	—	54	54	—	—	—	—	64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	65
1	—	0	10	11	—	—	83	83	69
7	2	1	712	723	1	0	—	1	7
—	—	—	—	—	1	—	—	1	72
0	—	1	—	1	—	—	—	—	73
—	1	—	—	1	—	0	—	0	74
—	—	0	77	78	—	—	—	—	75
7	1	—	635	643	—	—	—	—	79
—	9 957	—	—	9 957	—	—	21	21	8
—	9 957	—	—	9 957	—	—	21	21	81
—	—	—	—	—	—	—	—	—	87
1	—	1 060	—	1 061	—	—	—	—	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	91
—	—	—	—	—	—	—	—	—	92
0	—	1 060	—	1 060	—	—	—	—	93
1	—	—	—	1	—	—	—	—	99
31 827	13 608	40 561	6 906	92 902	254	0	1 646	1 900	

— Millionen DM —

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an					zu- sammen
			beweglichem	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche			
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige		
										Vermögen	
		18	19	20	21	22	23	24	25	26	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	2	—	—	—	—	—	5	5	
52	Verbesserung der Agrarstruktur ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
522	Einzelbetriebliche Förderung, Verbesserung der Marktstruktur, Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
523	EWG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
529	Übrige Bereiche aus 52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
539	Übrige Bereiche aus 53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
59	Übrige Bereiche aus 5	2	2	—	—	—	—	—	5	5	
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	1	—	—	—	—	—	3 370	3 370	
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	—	—	—	—	—	—	—	120	120	
621	Kernenergie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	120	120	
629	Übrige Bereiche aus 62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
64	Handel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
69	Übrige Bereiche aus 6	2	1	—	—	—	—	—	3 250	3 250	
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen .	4 948	234	363	—	97	—	—	124	221	
72	Straßen	4 282	75	362	—	15	—	—	3	18	
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	608	43	—	—	—	—	—	121	121	
74	Schienenverkehr	—	—	—	—	82	—	—	—	82	
75	Luftfahrt	45	80	—	—	—	—	—	—	—	
79	Übrige Bereiche aus 7	13	36	0	—	—	—	—	—	—	
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	71	1	5	666	—	—	—	15	15	
81	Wirtschaftsunternehmen	—	0	—	510	—	—	—	15	15	
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	71	0	5	156	—	—	—	—	—	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
93	Versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99	Übrige Bereiche aus 9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	Gesamtansgaben	6 380	977	471	1 919	3 110	29	—	6 277	9 416	

— Millionen DM —

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen			
Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versicherung	Sonstige		Länder	Gemein- den u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
1 200	—	—	7	1 207	—	—	—	—	—	2 363	5
1 200	—	—	—	1 200	—	—	—	—	—	1 298	52
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	523
1 200	—	—	—	1 200	—	—	—	—	—	1 292	529
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	878	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	228	539
—	—	—	7	7	—	—	—	—	—	187	59
498	—	—	885	1 382	—	—	120	120	—	7 482	6
90	—	—	99	189	—	—	—	—	—	517	62
—	—	—	20	20	—	—	—	—	—	83	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131	626
90	—	—	79	169	—	—	—	—	—	303	629
—	—	—	671	671	—	—	120	120	—	2 653	63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	96	64
408	—	—	114	522	—	—	—	—	—	572	65
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 645	69
2 294	209	—	693	3 195	—	3	8	11	—	12 751	7
1 379	209	—	—	1 588	—	—	—	—	—	7 417	72
26	—	—	255	281	—	—	8	8	—	1 789	73
889	—	—	428	1 317	—	3	—	3	—	1 403	74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	575	75
—	—	—	10	10	—	—	—	—	—	1 567	79
—	4	—	3 415	3 419	—	—	281	281	—	14 671	8
—	—	—	3 415	3 415	—	—	281	281	—	14 249	81
—	4	—	0	4	—	—	—	—	—	423	87
—	—	—	—	—	241	—	—	241	—40	52 472	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 161	91
—	—	—	—	—	241	—	—	241	—	30 277	92
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10 016	93
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—40	1 018	99
7 061	376	—	9 575	17 013	241	3	1 996	2 239	—40	260 226	

Teil IV
Übersicht
über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten
(Die ausgewiesenen Titel sind Leertitel)

Einnahmen		Ausgaben	
Kap./Tit.	Ist 1983	Kap./Tit.	Ist 1983
Zweckbestimmung	1 000 DM	Zweckbestimmung	1 000 DM
Epl. 10 — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
10 02/380 04	98	10 02/980 04	446
Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes		Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	
10 02/380 05	3 378	10 02/980 75	3 197
Beiträge zur Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz)		Förderung des Fischabsatzes gemäß § 6 des Gesetzes über den Verkehr mit Fischen und Fischwaren (Fischgesetz)	
10 07/380 02	85 075	10 07/980 02	85 075
Beiträge gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes		Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatzfonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes zu erheben hat	
Summe	88 551	Summe	88 718
Epl. 12 — Bundesminister für Verkehr			
12 03/380 02	119 879	.	
Lotsgehalt, Entgelte der Kanalsteurer auf dem Nord-Ostsee-Kanal		.	
12 03/380 03	9 304	12 03/980 01	129 183
Befahrungsabgaben, die für Dritte erhoben werden		Durchleitung von Fremdgeldern	
Summe	129 183	Summe	129 183
Epl. 60 — Allgemeine Finanzverwaltung			
60 01/380 01/03	2 176	60 04/980 01	2 176
Lastenausgleichsabgaben		Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	
Summe	2 176	Summe	2 176
Gesamtsumme	219 910	Gesamtsumme	220 077

Teil
A. Übersicht über die Planstelle
— ohr
is

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		In de																
		Besoldungsordnung B												Höherer Dienst				
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 13	Zus.
Bundespräsidialamt .	a)	1	—	1	—	—	3	—	—	5	—	—	10	4	4	3	—	1
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	—	—	1	—	—	1	—	—	2	—	—	4	1	3	3	—	—
Deutscher Bundestag	a)	—	1	2	—	—	8	—	—	37	—	—	48	29	63	34	10	136
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	—	—	—	—	—	1	—	—	3	—	—	4	3	5	4	—	12
Bundesrat	a)	—	1	1	—	—	1	—	—	5	—	—	8	2	8	4	1	12
Bundeskanzleramt ..	a)	1	—	5	—	—	11	—	—	30	—	—	47	15	40	17	5	77
	b)	1	—	—	—	—	1	—	—	6	—	—	8	5	5	2	1	12
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	2	4	—	—	5	—	—	17	—	—	29	10	36	22	6	74
Auswärtiges Amt	a)	2	—	10	—	—	17	—	—	54	—	—	83	30	135	81	23	269
	b)	—	—	17	—	—	50	—	—	84	—	—	151	116	291	207	81	695
Bundesminister des Innern ¹⁾	a)	2	—	11	—	1	19	1	—	84	—	—	118	33	146	81	15	275
	b)	—	—	1	3	2	9	1	10	18	34	11	89	103	373	492	226	1 196
Bundesminister der Justiz	a)	1	—	6	—	—	12	—	—	47	—	—	66	17	64	20	6	107
	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	—	4	—	6	35	321	260	71	687
Bundesminister der Finanzen	a)	2	—	9	—	—	22	—	—	100	—	—	133	36	181	96	25	338
	b)	—	—	—	—	18	2	—	—	34	20	—	74	60	275	357	186	878
Bundesminister für Wirtschaft	a)	2	—	7	—	—	22	—	—	79	—	—	110	35	170	98	25	328
	b)	—	—	—	2	2	1	—	2	22	37	51	117	30	182	369	103	684
Bundesminister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten ..	a)	1	—	6	—	—	11	—	—	47	—	—	65	25	111	67	17	220
	b)	—	—	—	—	—	2	—	2	19	40	59	122	6	90	211	57	364
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	—	7	—	—	10	—	—	57	—	—	75	22	82	42	11	157
	b)	—	—	—	1	—	—	1	1	—	10	4	17	5	37	41	8	91
Bundesminister für Verkehr	a)	1	—	8	—	—	12	—	—	57	—	—	78	23	130	71	20	244
	b)	—	—	—	—	—	2	9	1	6	18	5	41	69	286	436	143	934
Bundesminister für das Post- u. Fernmeldewesen	b)	—	—	—	—	—	1	—	—	—	1	—	2	1	3	4	1	9
Bundesminister der Verteidigung	a)	3	—	9	—	—	23	—	—	114	—	—	149	51	257	130	33	471
	b)	—	—	1	—	9	3	3	19	14	80	—	129	275	1 164	1 801	646	3 886
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit	a)	1	—	3	—	—	8	—	—	36	—	—	48	18	54	31	8	111
	b)	—	—	—	1	—	—	—	2	11	36	103	153	7	61	174	36	278
Bundesverfas- sungsgericht	a)	2	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	4	1	2	1	—	4
Bundesrechnungs- hof	a)	1	—	1	—	—	8	—	—	50	—	—	60	5	48	19	4	76

Personalübersicht
der Beamten
herstellen —
Landeshaushaltsplan 1985

Besoldungsgruppen																					Gesamt- zahl der Plan- stellen
Besoldungsordnung A																					
Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst							Einfacher Dienst								
A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	Zus.	A 9 mZ	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Zus.	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	A 1/2	Zus.		
5	2	1	1	—	9	1	2	1	1	2	—	7	5	2	—	—	—	—	7	44	
2	1	1	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	
81	39	35	6	2	163	28	66	72	66	24	1	257	160	51	—	—	27	—	238	842	
6	4	3	—	—	13	—	2	1	—	—	1	4	1	—	—	—	—	—	1	34	
9	4	2	—	—	15	1	3	—	1	—	—	5	5	6	—	—	7	—	18	61	
40	16	9	2	—	67	7	18	9	6	—	—	40	20	12	—	—	4	—	36	267	
9	9	1	—	—	19	2	3	5	—	—	—	10	4	3	—	—	—	—	7	57	
27	12	11	2	—	52	3	9	4	6	—	—	22	9	6	—	—	5	—	20	197	
170	83	48	36	10	347	17	45	49	36	5	1	153	25	32	—	—	18	—	75	927	
105	214	292	164	55	830	15	37	134	132	15	5	338	18	41	—	—	50	—	109	2 123	
185	69	35	9	—	298	21	50	23	3	6	—	103	21	24	—	—	15	—	60	854	
195	470	1 121	1 375	621	3 782	605	1 663	2 976	5 129	5 311	2 429	18 113	47	76	—	16	42	6	187	23 367	
53	26	13	5	1	98	10	26	12	7	1	—	56	12	13	—	—	10	—	35	362	
70	124	217	20	3	434	34	102	71	51	—	—	258	59	70	—	17	13	8	167	1 552	
296	101	45	—	—	442	35	82	36	3	—	—	156	22	20	—	—	21	—	63	1 132	
500	1 359	3 023	3 211	1 563	9 656	777	1 810	6 292	7 268	2 426	1 283	19 856	326	811	—	3	280	2	1 422	31 886	
188	62	26	8	—	284	15	34	17	24	15	—	105	23	30	—	—	34	—	87	914	
50	91	151	151	24	467	9	23	64	73	38	14	221	4	12	—	10	—	9	35	1 524	
107	41	19	6	3	176	9	24	12	6	4	—	55	13	8	—	—	24	—	45	561	
9	16	35	27	11	98	2	4	8	10	6	—	30	1	—	—	—	—	—	1	615	
105	37	18	7	—	167	4	12	8	9	4	1	38	19	21	—	—	16	—	56	493	
28	58	62	29	7	184	4	9	10	4	1	—	28	12	5	—	1	7	—	25	345	
134	47	19	1	—	201	4	10	6	3	—	—	23	10	7	—	—	12	—	29	575	
530	1 068	800	507	61	2 966	118	286	968	1 047	320	131	2 870	41	23	—	1	—	—	65	6 876	
5	10	15	7	1	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	49	
376	131	50	32	—	589	77	182	161	150	64	4	638	135	104	—	—	103	—	342	2 189	
784	1 589	3 799	4 090	1 262	11 524	295	694	3 686	3 905	2 941	804	12 325	251	265	14	122	26	1	679	28 543	
75	27	12	—	1	115	4	10	4	3	—	—	21	11	12	—	—	14	—	37	332	
17	34	104	82	39	276	2	6	16	47	28	7	106	1	1	—	—	—	—	2	815	
11	4	2	2	—	19	1	5	5	2	—	—	13	7	4	—	—	3	—	14	54	
221	29	2	—	—	252	6	15	9	2	—	—	32	3	3	—	—	—	—	6	426	

Teil
noch: A. Übersicht über die Planstelle
— ohne
h

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich		Besoldungsordnung B												Höherer Dienst				
		B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 13	Zus.
Bundesminister für wirtschaftl. Zusammenarbeit	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	28	—	—	39	13	62	36	9	120
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	1	—	3	—	—	8	—	—	31	—	—	43	16	45	28	7	98
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	1	—	—	2	3	14	29	10	58
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	a)	1	—	3	—	—	3	—	—	15	—	—	22	6	15	10	3	38
	b)	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	2	2	3	6	6	17
Bundesminister für Forschung u. Technologie	a)	1	—	4	—	—	8	—	—	32	—	—	45	20	91	48	14	170
	b)	—	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	5	—	5	9	4	18
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	1	—	3	—	—	7	—	—	23	—	—	34	11	48	26	5	90
Bundesschuldenverwaltung	b)	—	—	—	1	—	—	—	1	2	—	—	4	—	3	2	3	8
Zivile Verteidigung ..	b)	—	—	—	—	—	1	1	—	1	2	—	5	6	23	45	17	98
Summe	a)	27	4	107	—	1	227	2	—	954	—	—	1 322	426	1 800	972	247	3 448
Summe	b)	1	—	19	9	31	72	16	41	221	283	234	927	723	3 138	4 445	1 599	9 905
Insgesamt		28	4	126	9	32	299	18	41	1 175	283	234	2 249	1 149	4 938	5 417	1 846	13 350
1) darin enthalten für Polizeivollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz ..	a)	—	—	—	—	1	—	1	—	3	—	—	5	2	7	5	2	16
	b)	—	—	—	—	—	5	—	—	2	1	—	8	11	52	74	50	187
Gesamt		—	—	—	—	1	5	1	—	5	1	—	13	13	59	79	52	203

esoldungsgruppen

[illegible]

B. Übersicht über die Planstellen der Richter und Staatsanwälte
— ohne Leerstellen —
im Bundeshaushaltsplan 1985

- a) Bundesverfassungsgericht und
 Oberste Gerichtshöfe des Bundes
 b) Sonstige Bundesgerichte

Geschäftsbereich		in den Besoldungsgruppen										Gesamtzahl der Planstellen
		Besoldungsordnung R										
		R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1	
Bundesminister der Justiz.....	a)	3	1	35	3	213	—	—	24	—	—	279
	b)	—	—	1	—	—	—	1	29	133	3	
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	—	15	—	48	—	—	—	—	—	65
	b)	—	—	—	—	—	—	—	3	23	—	
Bundesverfassungsgericht	a)	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
Summe	a)	19	1	50	3	261	—	—	24	—	—	358
Summe	b)	—	—	1	—	—	—	1	32	156	3	193
Insgesamt		19	1	51	3	261	—	1	56	156	3	551

C. Übersicht über die Planstellen der Professoren und Hochschulassistenten
— ohne Leerstellen —
im Bundeshaushaltsplan 1985

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen				Gesamtzahl der Planstellen	
	Besoldungsordnung C					
	C 4	C 3	C 2	C 1		
Bundesminister des Innern	b)	—	20	17	—	37
Bundesminister der Finanzen	b)	—	5	6	—	11
Bundesminister für Verkehr	b)	—	1	3	—	4
Bundesminister der Verteidigung	b)	120	131	94	13	358
Summe	a)	—	—	—	—	—
Summe	b)	120	157	120	13	410
Insgesamt		120	157	120	13	410

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

D. Übersicht über die Stellen im

Geschäftsbereich	Außer- tarifliche Ange- stellte	in den							
		I	Ia	Ib	IIa	IIa (I)	IIb	III	IVa Kr.X
Bundespräsidialamt..... a)	—	—	—	1	1	—	—	3	3
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung .. a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Deutscher Bundestag a)	3	2	11	2	7	—	—	6	30
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrat a)	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Bundeskanzleramt a)	—	1	1	—	—	—	—	3	6
..... b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung a)	1	8	29	48	12	3	—	16	71
Auswärtiges Amt a)	—	3	14	19	4	—	—	21	23
..... b)	—	2	16	38	45	—	—	9	42
Bundesminister des Innern a)	—	—	3	6	3	3	—	8	15
..... b)	—	6	30	74	59	5	—	129	255
Bundesminister der Justiz a)	1	1	1	2	5	—	—	2	2
..... b)	1	—	1	—	—	—	—	3	6
Bundesminister der Finanzen a)	1	—	4	1	—	1	—	9	6
..... b)	1	—	5	9	70	25	—	109	239
Bundesminister für Wirtschaft a)	—	—	5	12	—	3	—	35	36
..... b)	—	2	22	171	96	24	—	102	164
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten a)	—	—	5	2	—	2	—	11	12
..... b)	—	3	2	100	136	6	—	59	106
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung a)	1	1	—	1	—	—	—	10	15
..... b)	—	—	2	11	3	2	—	6	11
Bundesminister für Verkehr a)	—	—	5	4	3	16	—	15	21
..... b)	—	3	20	120	184	54	1	479	358
Bundesminister der Verteidigung .. a)	—	2	17	18	11	15	—	26	17
..... b)	—	16	53	244	390	72	17	576	1 006
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit a)	—	—	1	6	—	—	—	2	4
..... b)	—	—	17	30	46	3	—	15	29
Bundesverfassungsgericht a)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesrechnungshof a)	—	—	—	—	—	—	—	2	1
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a)	1	3	5	10	1	—	—	11	15
..... b)	—	1	1	3	2	3	—	1	6
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau a)	—	1	5	5	2	11	—	8	9
..... b)	—	—	4	12	52	42	—	87	39
Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen a)	—	5	—	2	3	—	—	2	4
..... b)	—	—	2	8	23	—	—	4	11
Bundesminister für Forschung und Technologie a)	—	—	1	4	1	—	—	8	4
..... b)	—	—	5	16	25	—	—	3	3
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft a)	—	—	1	9	—	—	—	—	1
Bundesschuldenverwaltung b)	—	—	—	—	—	—	—	3	10
Zivile Verteidigung b)	—	2	2	5	23	2	—	22	68
Summe a)	8	27	108	152	53	54	—	199	295
Summe b)	2	35	182	841	1 154	238	18	1 607	2 353
Insgesamt a)	10	62	290	993	1 207	292	18	1 806	2 648

¹⁾ ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundeshaushaltsplan 1985

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. IX	V a Kr. VIII	V b Kr. VII	V c Kr. VI	VI a Kr. V	VI b Kr. IV	VII ¹⁾ Kr. III	VIII ¹⁾ Kr. II	IX b ¹⁾ Kr. I	X			
3	—	5	7	—	7	9	—	—	2	6	47	18
—	—	1	—	—	6	—	1	1	—	1	10	3
12	—	49	55	—	196	40	11	10	8	50	492	187
1	—	2	2	—	6	—	2	—	—	7	20	5
1	—	9	14	—	13	—	4	—	4	4	50	4
4	—	12	20	—	37	18	2	8	12	44	168	41
—	—	1	1	—	7	1	—	—	—	7	17	11
25	8	29	39	—	37	25	28	2	27	57	465	27
10	—	60	72	—	56	38	37	10	43	189	599	107
17	—	128	347	—	829	131	13	4	29	53	1 703	748
9	—	18	51	—	98	33	24	—	33	119	423	68
132	6	291	1 014	—	599	1 378	424	51	63	784	5 300	3 253
2	—	16	35	—	53	26	4	2	13	59	224	28
10	—	62	139	—	161	357	244	136	32	456	1 608	163
10	—	31	55	—	83	42	7	2	26	162	440	67
147	—	361	381	—	747	1 517	320	66	88	1 595	5 680	2 806
5	—	38	89	—	56	21	4	3	19	154	480	66
185	—	218	194	—	255	218	93	14	31	141	1 930	261
1	—	16	62	—	32	9	9	—	11	81	253	45
175	—	220	262	—	446	174	102	8	7	139	1 945	956
3	—	10	50	—	50	8	7	2	7	78	243	57
4	—	23	35	—	75	75	15	—	15	88	365	47
8	—	27	71	—	80	7	11	—	39	127	434	41
309	69	382	785	—	1 509	1 221	641	79	182	516	6 912	8 910
28	—	69	188	—	258	166	13	1	2	342	1 173	198
875	28	1 316	3 550	467	6 595	8 055	16 770	684	461	11 100	52 275	84 751
3	—	9	17	—	32	5	14	—	5	50	148	21
92	—	237	215	—	149	108	82	3	20	117	1 163	308
1	—	4	19	—	4	—	—	2	1	13	44	10
4	—	2	22	—	29	7	2	—	10	14	93	9
1	—	11	23	—	38	5	3	—	5	43	175	21
7	—	2	2	—	4	2	2	—	—	12	48	2
6	—	16	19	—	34	10	2	1	5	49	183	27
33	—	9	8	—	22	32	8	9	3	49	409	21
2	—	18	13	—	17	8	5	2	15	28	124	24
8	—	30	8	—	29	13	7	6	9	22	180	17
7	—	10	18	—	33	14	—	—	9	52	161	28
4	—	23	20	—	27	9	10	1	—	4	150	46
4	—	3	20	—	24	8	3	—	—	30	103	8
8	—	18	8	—	59	68	38	1	8	13	234	17
50	—	126	28	—	67	124	34	—	6	80	639	502
150	8	465	961	—	1 279	499	193	46	296	1 759	6 552	1 110
2 056	103	3 447	6 997	467	11 580	13 483	18 803	1 062	954	15 176	80 558	102 819
2 206	111	3 912	7 958	467	12 859	13 982	18 996	1 108	1 250	16 935	87 110	103 929

E. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Bundeshaushaltsplan 1985

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B10	Generale	1	2
B9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	15
B7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	51
B6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	27	112
	zusammen Generale	42	180
B3	Oberste, Kapitäne z.S. usw.	150	219
A16	Oberste, Kapitäne z.S. usw.	51	855
A15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	423	2 086
A14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	335	5 017
A13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	51	4 479
A12	Hauptleute, Kapitänleutnante	84	959
A11	Hauptleute, Kapitänleutnante	127	10 353
A10	Oberleutnante, Oberleutnante z.S.	65	10 212
A9	Leutnante, Leutnante z.S.	—	6 908
	zusammen übrige Offiziere	1 286	41 088
A10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	—	122
A9mZ	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	38	806
A9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner	175	4 843
A8mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	71	21 262
A7mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	3	28 999
A7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	—	27 973
A6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	—	38 177
A5	Unteroffiziere, Maate	—	37 711
	zusammen Unteroffiziere	287	159 893
A4	Hauptgefreite	—	22 529
A3	Obergefreite	—	21 813
A2	Gefreite	—	22 882
	zusammen Mannschaften	—	67 224
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	1 615	268 385
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige	—	219 000
	Wehrübende	—	6 000

05.10.84

Stellungnahme

des Bundesrates

zum

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1985 (Haushaltsgesetz 1985)

Der Bundesrat hat in seiner 541. Sitzung am 5. Oktober 1984 gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Allgemeines

1. Der Bundesrat bekräftigt seine Auffassung, daß die Konsolidierung der Staatsfinanzen nach wie vor ein vorrangiges Ziel der Finanzpolitik ist. Er stellt mit Genugtuung fest, daß die Bundesregierung durch die weitere Verminderung der Nettokreditaufnahme 1985 auf knapp 24 Mrd. DM dem Ziel der schrittweisen deutlichen Verringerung der Neuverschuldung Rechnung trägt.

Diese auf Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik hat aus der Sicht des Bundesrates bereits mit dazu beigetragen, daß inzwischen eine spürbare wirtschaftliche Belebung zu verzeichnen ist. Dadurch wird es überhaupt möglich, die für 1986 **geplante** Steuersenkung und verbesserte Leistungen für die Familie zu finanzieren.

2. Die Bundesregierung hat aus der Sicht des Bundesrates dem Bundeshaushalt 1985 realistische gesamtwirtschaftliche Annahmen zugrundegelegt.
3. Der Bundesrat erkennt an, daß es der Bundesregierung gelungen ist, ohne erneute Einschnitte in gesetzliche Leistungen den Zuwachs der Gesamtausgaben eng zu begrenzen. Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens sollten weitere Umschichtungsmöglichkeiten zugunsten zukunftswirksamer, investitions- und damit beschäftigungsfördernder Maßnahmen genutzt werden. Mehreinnahmen, wie etwa aus höherem Bundesbankgewinn, sollten nach Auffassung des Bundesrates zur weiteren Senkung der Kreditaufnahme eingesetzt werden.
4. Der mit dem Krankenhausbereich eingeleitete Abbau von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern darf nicht zu einem einseitigen Rückzug des Bundes führen. Der Bundesrat erwartet vielmehr, daß der Bund nach wie vor bereit ist, vollen finanziellen Ausgleich zu leisten.

Zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans

5. Einzelplan 06 - Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Der Bundesrat begrüßt, daß die Bundesregierung die Ansätze für Umweltschutzmaßnahmen im Bundeshaushalt 1985 erhöht hat. Dies gilt insbesondere für das Programm zur Verminderung von Umweltbelastungen durch Altanlagen, das entgegen früheren Planungen mit aufgestockten Volumina fortgesetzt werden soll.

Ebenso hält es der Bundesrat für richtig, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen eines neuen Programms zinsgünstige Kredite für Umweltschutzinvestitionen bereitstellen wird. Mit dieser Maßnahme wird auch ein Ausgleich geschaffen für den starken Rückgang der im ERP-Wirtschaftsplan vorgesehenen Mittel.

Der Bundesrat stimmt mit der Bundesregierung darin überein, daß die Kosten für den Umweltschutz in erster Linie dem Verursacher anzulasten sind. Das Verursacherprinzip kommt allerdings u.a. dann nicht zum Tragen, wenn

- ökologische Notstände beseitigt werden müssen;
- bei bestimmten Umweltbelastungen Verursacher nicht oder nicht mehr ermittelt werden können (Altlasten).

Durch die in zunehmendem Maße bekanntwerdenden Umweltschäden wachsen Handlungsbedarf und finanzielle Belastung von Ländern und Gemeinden rapide an. Zur Lösung der Probleme z.B. der Abfallwirtschaft bedarf es noch intensiver Forschung und der Entwicklung geeigneter technischer Instrumente. Die Beseitigung bzw. Verhinderung lokaler Umweltschäden kann wegen ihres Demonstrationscharakters Vorbild für das ganze Bundesgebiet sein.

Im Hinblick auf die nationale Bedeutung und die übergreifende Verantwortung aller für den Umweltschutz hält der Bundesrat eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern für erforderlich. Die Verantwortung der Bundesregierung mißt sich auch am Volumen der für den Umweltschutz bereitgestellten Haushaltsmittel und an der Eröffnung anderer Möglichkeiten für Länder und Gemeinden zur Erleichterung der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen.

5. Einzelplan 10 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Kapitel 10 03 - Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes"

Titel 882 90 - Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschafts-
(S. 57) aufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des
Küstenschutzes"

Der Ansatz von 1.200 Mio DM ist um 150 Mio DM
auf 1.350 Mio DM zu erhöhen.

Begründung:

Die bisher vorgesehene Aufstockung des Bundesanteils an der Gemeinschaftsaufgabe insgesamt um 25 Mio DM ist für eine spürbare Verbesserung der Ausgleichszulage nicht ausreichend.

Nach Festlegung der Bundesregierung soll ab 1985 die Ausgleichszulage in der gesamten benachteiligten Agrarzone gewährt werden. Betroffen sind danach ca. 4 Mio ha. Gleichzeitig sollen die bisherigen Sätze der Ausgleichszulage deutlich angehoben werden, um flankierend Einkommenseinbrüche abzumildern, die durch die EG-Quotenregelungen eintreten.

Eine entsprechend verbesserte Mittelausstattung für die Gemeinschaftsaufgabe ist daher unabdingbar, um die als verbindlich zu betrachtenden Zusagen einzulösen.

Deckungsvorschlag: vgl. die Empfehlungen zu Kap. 32 05.

7. Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

Kapitel 12 02 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 892 12 - Neubauhilfen (Zuschüsse) für Handelsschiffe (Seeschifffahrt)
(S. 39)

Die Verpflichtungsermächtigung von 200 Mio DM
ist um 50 Mio DM auf 250 Mio DM zu erhöhen,

davon fällig:

Haushaltsjahr 1986 bis zu 160 Mio DM
Haushaltsjahr 1987 bis zu 90 Mio DM.

Begründung:

Die deutschen Reeder können im internationalen Wettbewerb nur mit Schiffen auf dem technisch neuesten Stand bestehen. Die Neubauhilfen bewirken, daß diese Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden und (durch Flaggenbindung) unter deutscher Flagge fahren.

Gemäß den Beschlüssen der letztjährigen Werftenkonferenz der vier norddeutschen Küstenländer ist für die deutsche Werftindustrie ein jährliches Auftragsvolumen von 3 Mrd DM erforderlich, um den begonnenen Umstrukturierungsprozeß erfolgreich fortsetzen zu können. Um zwei Drittel dieses Auftragsvolumens zu realisieren, ist eine Fördersumme von 250 Mio DM erforderlich.

8. Einzelplan 32 - Bundesschuld

Kapitel 32 05 -Verzinsung

- a) Titel 575 04 - Zinsen für Schuldscheindarlehen
(S. 21)

Der Ansatz von 14.290 Mio DM ist um 30 Mio DM
auf 14.260 Mio DM zu vermindern.

- b) Titel 575 09 - Disagio auf Bundesanleihen,
(S. 21) Bundesobligationen, Kassenobligationen
und Darlehen

Der Ansatz von 320 Mio DM ist um 70 Mio DM
auf 250 Mio DM zu vermindern.

- c) Titel 575 21 - Zinsen für Kassenverstärkungskredite
(S. 22)

Der Ansatz von 150 Mio DM ist um 50 Mio DM
auf 100 Mio DM zu vermindern.

Begründung:

zu a) Die Einnahmen aus der unverzinslichen Investitionshilfeabgabe haben bereits im 1. Halbjahr 1984 den Jahresansatz erreicht. Mehreinnahmen bis zum Jahresende führen zu verringertem Bedarf an zu verzinsenden Krediten. Die Herabsetzung des Zinsaufwandes erscheint in der Höhe von 30 Mio DM vertretbar.

zu b) Der Kreditbedarf des Bundes 1985 liegt nach dem Entwurf sowohl brutto als auch netto unter den Ansätzen 1983 und 1984. Zudem sind die Ausgabenkonditionen 1985 günstiger einzuschätzen als in den Vorjahren, dabei ist zu berücksichtigen, daß die entsprechenden Istausgaben 1983 ebenfalls niedriger ausfielen. Ein Ansatz von 250 Mio DM erscheint ausreichend.

zu c) Nach dem deutlich niedrigeren Istergebnis 1983 (61 Mio DM) ist für 1985 ein Betrag von 100 Mio DM als ausreichend bemessen anzusehen.